

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Boten frei ins Haus monatlich 21 Mk. Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtzeilige Petitzelle oder deren Raum 5,00 Mk., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 4,00 Mark, Reklamen 25,00 Mark. Geschäftsstelle: Johannisstr. 46. Fernruf: 926.

TAGESZEITUNG FÜR DAS ARBEITENDE VOLK

Lübecker Volksbote

Nummer 146.

Montag, den 26. Juni 1922.

29. Jahrgang.

Die Republik in Not.

Dr. L. Lübeck, 26. Juni.

Wie Freiwillig werden die Führer des republikanischen Volkes geholt. Einer nach dem andern fällt den Mordhelfern des monarchistischen Mordbündnisses zum Opfer. Jetzt ist auch Rathenau tot. Einer der Besten der Republik ist mit ihm uns entrissen worden. Ein Mann mit reinstem Willen und großem Können; mit idealstem Gedankenflug und selbstloser Liebe zum deutschen Volke.

Wer wird der nächste sein? Bang und wütend springt diese Frage auf der Straße und in den Betrieben von Mund zu Mund. Soll das jetzt wirklich so weitergehen? Wird die Regierung nicht endlich das ganze deutschnationale Mordbündnis an der Gurgel packen? Was wird die Republik für die Republik jetzt tun?

Vorläufig hat die Reichsregierung eine Verordnung erlassen. Endlich hat sie den Mut gefunden, sich ausdrücklich gegen rechts, gegen das monarchistische Lügen- und Mordbündnis zu wenden. Wir begrüßen diese ausdrückliche Stellungnahme für die Republik besonders im Interesse des Lübecker Staatsrates Lange. Hätte dieser „republikanische“ Beamte doch sonst die gleichen Gewissensnöte überstehen müssen wie bei der bekannten Verordnung nach dem Erzbergermord. Stundenlang überlegte er damals, ob die Verordnung sich gegen Republikaner oder gegen Monarchisten richtete. Dieser Mühe und Not hat ihn die Reichsregierung diesmal entzogen.

Die Verordnung hat aber auch noch andere gute Seiten. Oeffentliche Mißachtung der Republik, ihrer Einrichtungen oder ihrer Farben wird mit Gefängnis bis zu 5 Jahren und Geldstrafen bis zu 500 000 Mark bedroht. Das Gleiche gilt für Verleumdungen und Berächtlichmachung führender Republikaner, des Reichspräsidenten, jetziger und früherer Minister usw. Endlich wird also der monarchistische Gift- und Heßbrut, dem schwarzweißroten Schlangennest der Lüge und der Verleumdung das Maul gestopft. Endlich zeigt die Republik, daß auch ihre Gutmütigkeit ein Ende hat, daß auch sie eine Faust hat, die zuzupacken versteht. Leider kommt den Herren in Berlin der Verstand etwas spät, zu spät.

Was nützt uns außerdem die ganze Verordnung, wenn sie schlecht oder gar nicht angewandt wird? Werden die vielen deutschnationalen Beamten der Reichsregierung ehrlich folgen? Werden sie wirklich imstande sein, ihre monarchistischen Herzen soweit zum Schweigen zu bringen, daß sie wirklich und mit allen Mitteln durchgreifen können? Wir glauben es nicht! Justiz und Reichswehr werden auch diesmal auf die Republik pfeifen. Nach wie vor werden sie sich einig fühlen mit den Heßparteiern des Mordes und der Giftspritze. Und sie werden auch diesmal, genau wie nach dem Erzberger- und dem Gareismord, den Mordhelfern die nötige Hilfe und den Schutz angedeihen lassen, damit sie sich in Sicherheit bringen können. Und auch in Zukunft werden sie den schwarzweißroten Mantel ihrer heuchlerischen Nächstenliebe über die ganzen Mordgesellschaften und über sämtliche Geheimgesellschaften ausbreiten.

Deshalb: Die erste Forderung der Arbeiterschaft an die Republik muß die Beseitigung aller politisch unzuverlässigen Beamten sein! Jene charakterlosen Gesellen, die dem Geld der Republik zuliebe sich äußerlich neutral stellen, innerlich aber Todfeinde jeder Demokratie sind, haben in deutschen Amtsstuben und deutschen Kasernen nichts mehr zu suchen.

In Reich und Ländern muß endlich und endgültig die Verwaltung demokratisiert werden. Rücksichtslos müssen alle unzuverlässigen Elemente auf die Straße geworfen werden. Haben sie selbst früher vielleicht irgendwelche Rücksichten genommen? Überall sind diese Männer schockweise bekannt; überall kennt man die Schifanen, mit denen sie ehrlich-republikanische Beamte bis aufs Blut quälten und unmöglich machen wollten.

Und dann muß rücksichtslos Schluß gemacht werden mit den Prinzenparaden, mit den Regimentsfeiern und dem Kriegervereinswesen. Solange diese Klimbimrummel nur Heßwede gegen die Republik verfolgen, müssen sie rücksichtslos unterdrückt werden. Wenn Gelder zu schwach ist, seine Reichswehr zur Ordnung zu bringen, so mag er verschwinden.

Das müssen im Augenblick die unbeugsamen Forderungen der Sozialdemokratie sein. Von ihnen dürfen und können wir nicht um Haarsbreite abweichen. Einig wird die ganze Arbeiterschaft zusammenstehen, bis sie erfüllt sind. Wir hoffen, daß in dieser schweren Zeit der Not wenigstens vorübergehend der Brüderkampf eingestellt wird. Und wir hoffen auch, daß die Kommunisten jetzt endgültig ihre fortwäh-

An das arbeitende Volk Lübeds!

An alle Republikaner!

Der feige Mord an Rathenau ist ein Sturmsignal. Der Entscheidungskampf zwischen Republik und Monarchie beginnt.

Wir rufen Euch! Zeigt den schwarz-weiß-roten Mordhelfern, daß Ihr bereit seid. Daß Ihr Leib und Leben einsetzen wollt für die Republik.

Morgen, Dienstag, mittags 12 Uhr, beginnt ein Generalstreik von 6 Stunden. Eine Stunde später versammeln sich die Massen am alten Bahndamm zu einer Riesenkundgebung.

Um 1½ Uhr beginnen die Ansprachen der Genossen Weiß, Dreger, Leber.

Kämpft für Eure Freiheit! Schützt die Republik!

Erscheint alle! Zeigt der Reaktion die Faust!

renden Dolchstiche in den Rücken der Republik einstellen. Wohin wir sonst kommen, das zeigt der im Kuppelbau des Reichstages stehende Sarg Rathenaus.

Einigkeit der Arbeiterschaft im Dienste der Republik ist jetzt das Gebot der Stunde. Es steht Ungeheures auf dem Spiel. Und auch jene bürgerlichen Kreise, die ehrlich und fest für die Demokratie und das Recht eintreten wollen, mögen sich mit den Arbeitern in eine Reihe stellen. Und wenn wir dann entschlossen und rücksichtslos unsere ungeheure Stärke und Kraft anwenden, dann wird bald ein anderer Wind wehen in unserem deutschen Lande. Dann wird bald die Wetterfahne sich drehen und die Monarchisten werden dann ihre Freiheit wieder in den gleichen Löchern begraben wie im November 1918.

Das Reich allein kann aber die ganze Riesenaufgabe nicht leisten. Die Länder müssen jetzt vor allem ihre Pflicht im Dienste der Republik tun. Und die Frage drängt sich auf: Was hat Lübeck bisher getan? Und was wird es in Zukunft tun? Die merkwürdige Rede des Bürgermeisters beim Regimentstag der 162er wird hoffentlich die letzte ihrer Art gewesen sein. Und die offizielle Beteiligung des famosen Staatsrates Lange bei der Tagung des Landesriegerverbandes in Behlendorf war auch das Gegenteil republikanischen Dienstes. Und wir schauen in aller Ruhe zu!

Das muß aufhören. Wir verlangen ein klares Bekenntnis unseres Senats. Entweder er ist republikanisch oder nicht. Wenn er aber zur Republik sich bekennt, dann wollen wir Laten sehen: Die Arbeiterschaft will endlich wissen, ob sie in der Republik oder in einer Scheinrepublik lebt.

Wir fordern sofortige Unterdrückung der monarchistischen Propaganda in allen Schulen. Wir fordern eine Umstellung der gesamten Schulerziehung im Sinne der Republik. Gerade in den Schulen ist republikanische Aufklärung bitter nötig. Wenn Senat und Schulbehörde ihre ehrliche Pflicht tun wollen, so haben sie sofort zu veranlassen, daß in sämtlichen Schulklassen aufklärende Vorträge über die wahre Freiheit, über die edelste der Staatsformen, die Republik und über die wahre Liebe zum Vaterlande gehalten werden. Die Lehrer, die dazu unfähig oder die schlechten Willens sind, mögen gehen! Sollte aber der Senat zu schwach sein, um das zu erzwingen, so ist er in der jetzigen Zusammensetzung nicht mehr am Platze. Dann wird die Bürgererschaft eben all ihre Kraft einsetzen müssen, um das Ziel zu erreichen, um die Republik zu einer wahren Republik zu machen.

Und dann haben wir noch eine Frage: Sind jetzt endlich republikanische Flaggen für alle öffentlichen Gebäude beschafft worden? Wir verlangen, daß jede Schule, jedes Amtsgebäude an Flaggentagen die schwarz-rot-goldenen Farben zeigt. Und es ist uns Ernst mit dieser Forderung, bitter Ernst.

Das Schändlichste aber ist, daß nach wie vor ein Blatt, das zu den drei schlimmsten Mordheßblättern Deutschlands gehört, Amtsblatt unserer Regierung ist. Gerade am Tage des Mordes wurde ein ungläublicher Heßartikel gegen die Republik in diesem edlen Verbandsorgan veröffentlicht. Will der Senat noch lange solche Zustände dulden?

Alles aber wird nichts nützen, wenn nicht die gesamte republikanische Bevölkerung Mann für Mann sich einsetzt gegen die ekelhafte Hege monarchistischer Lüge und Frechheit. Seit Monaten haben sich überall, auch in Lübeck, Zustände entwickelt, die zum Himmel schreien. Persönlichkeiten, die als Republikaner im öffentlichen Leben stehen, sind nirgends sicher. Auf der Straße, in Wirtschaften, überall werden sie angegriffen und beschimpft. Das muß aufhören! Jeder Einzelne, der es wagt, die Republik, die Sozialdemokratie oder eine der führenden Persönlichkeiten zu beschimpfen, muß auf der Stelle zurechtgewiesen, bestraft werden. Jeder Arbeiter, jeder republikanisch Gesinnte soll solchen Heßjungen sofort die Faust zeigen. Der ganze Patriotismus wird dann sofort in monarchistischer Feigheit erstickt.

Die ursprünglich auf Mittwoch angelegte Demonstration gegen diese Hege findet schon am Dienstag, nachmittags um 1½ Uhr statt. Der Mord an Rathenau hat die ganze Lage geändert. Die Kundgebung des Volkes ist jetzt nicht mehr Abwehr. Sie soll Aufmarsch sein zu einem gewaltigen Angriff gegen die Feinde des Volkes, gegen die Feinde der Republik. Sie soll aller Welt verkünden, was jeder Arbeiter denkt: Blut verlangt wieder Blut! Wir lassen uns diese Morde nicht länger mehr gefallen! Wir drehen nun den Spieß um. Wir haben Euch die Faust schon oft gezeigt. Heute aber zeigen wir sie zum letzten Male. Das nächste Mal werden wir zuschlagen. Die Monarchisten sind gewarnt. Wenn sie den Bürgerkrieg unter allen Umständen haben wollen, wir sind bereit! Und wir haben keine Angst!

Leicht aber könnte es anders kommen als im November 1918. Leicht könnten die Ströme vergossenen Republikanerbluts nach Sühne schreien. Und die Wut des Proletariats kennt jetzt schon kaum mehr Grenzen.

Arbeiter! Beamte! Angestellte! Folgt ohne Ausnahme dem Ruf Eurer Organisationen! Erscheint in ungeheuren Massen am alten Bahndamm! Der morgige Tag muß wie ein Erdbeben die Bollwerke der Reaktion erschüttern. Er muß eine neue Zeit einleiten!

Lut Eure Pflicht!

Massenkundgebung in Berlin.

Zu Fußgärten versammeln sich Sonntag vormittags 11 Uhr eine Viertelmillion Arbeiter, gegen den Mordhelfer zu demonstrieren. Aus allen Stadtgegenden kamen lange, endlose Züge mit schwarz-rot-goldenen und roten Fahnen. Zwanzig Redner sprachen zu den Massen. Die Entschlossenheit, endgültig der monarchistischen Mordhege ein Ende machen zu wollen, löste körnige Zustimmung und Beifälle aus.

Die Sonntagsfeier des Reichstags.

Abrechnung mit der deutschnationalen Mörderpartei.

295. Sitzung vom 25. Juni 12 Uhr mittags.

Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten erteilt Präsident Loebe das Wort dem

Abg. Weis:

Eine Welle der Empörung leidenschaftlicher Erregung geht über unser Land. Mut und Haß, blinde Wut, fanatischer Haß, haben jetzt ihr Opfer gefordert. (Stürmische Entrüstungsrufe links) Zu Wut und Haß aufgerufen. Hier von der Tribüne des Reichstages aus, haben organisierte Mörderbände ein Menschenleben gefaßt, das opferwillig sich ganz in den Dienst seines Volkes gestellt hat. Die deutschnationale Gehezeit ihre Erfolge, und die Bevölkerung unseres Landes sieht das Unkraut wuchern, das jene in das von uns in harter Arbeit und ganzer Hingabe zum Nutzen unseres unglücklichen Volkes bestellte Ackerland gesät haben. (Sehr richtig.)

Die wilde Massenhege der christlichen Gewaltstäter, soweit sie sich zum teutonischen Völkerglauben bekennen, offenbaren sich als eine Gefahr für die Zukunft unseres Staatsweins, daß allen, die nur der eine Gedanke aufringt: Es ist genug. Wis hierher und nicht weiter. (Stürmischer Beifall links und in der Mitte.)

Alle den Provokateuren sage ich: Dieser Jude war ein so guter Deutscher, wie nur je einer in Deutschland geboren wurde, und ich sage Ihnen, dieser Jude war ein wahrer Christ, weit eher als einer von denen, die heute die Mörderbände im Lande bewaffnen und besolden. (Beifall links.) Weit eher auch als die ganze christlich deutschnationale Presse, die den politischen Mordmord feierte, die über das mißglückte Attentat auf Scheidemann höhnte und die nervigste Atmosphäre schuf, in der allein diese Tat freigegeben konnte. Wir haben davor gewarnt, durch Mittel der Demagogie unser Volk in immer tieferes Unglück zu führen. Unsere Mahnungen sind ungehört verhallt. Darum verziehe ich darauf, es heute nochmals zu tun. Über hören Sie die Stimme des Toten, hören Sie, was er, der heute mit gerissenem Körper auf dem Totenbette liegt, in wahrhaft prophetischer Ergebung als die notwendige Folge dieses demagogischen Treibens darstellte. Hören Sie die Anklage, die der Tote Ihnen ins Gesicht ruft und halten Sie Einsehr.

Es war im November vorigen Jahres, als der formell ja der Deutschen Volkspartei angehörige Abgeordnete Quast in einem Artikel die Behauptung aufstellte, das Wiesbadener Attentat, das der Verstorbenen getätigt und das die Zustimmung des Reichstages gefunden, sei Schuld am Sturz der Welt. (Zurufe von links nach rechts: Sie sind Schuld!) Unser Tribut hätte ich um eine Goldmilliarde durch seine Schuld erhöht. Darauf antwortete Rathenau:

Wenn unter Demagogie das Wirken zu verstehen ist, das auf unzutreffende Argumente gestützt, mangelhaft informierte Stände und Massen in verhärteter und unverhüllter Form zu leidenschaftlicher Empörung gegen Menschen und Einrichtungen erregt, so glaube ich berechtigt zu sein, die Quast'sche Kundgebung und was sich auf ähnlichem Niveau bewegt, als demagogisch zu bezeichnen. Wenn solche Kundgebungen systematisch und unablässig ausgeübt zu aber Tausenden ins Land gehen und notgedrungen zu Ausbrüchen urteilsloser Leidenschaften führen, so soll zum mindesten nicht nachträglich mit abnugungslosem Betauern die Anschuldigung der Hände waschen und logenante Verblendete von den Nachschüssen abschneiden. Schon heute gehen diese Dinge ihren Gang. Heber ihre Auswirkungen zu reden, unterlasse ich.

Das ist die Verurteilung der Heuschrecke, die jetzt aus den Spalten der deutschnationalen Presse kriecht, wenn sie zu der Würdigung Stellung nimmt. Die deutschnationale Partei hat niemals eine Grenzlinie gegen die sogenannte deutschnationale Bewegung gezogen, bei der die Mörder zu suchen sind. Die deutschnationale Bewegung ist heute noch ein Teil der deutschnationalen Bewegung. (Sehr richtig.)

Darum, nicht etwa weil wir glauben, daß die offiziellen Führer der deutschnationalen Partei für den Mord an Rathenau verantwortlich sind. (Sehr gut!) Von dieser Verantwortung kann sie sich nur freimachen, wenn sie den Schritt zwischen sich und den deutschnationalen zieht und wenn sie den Behörden jeden Beistand leihen, um die deutschnationalen Mordmörder auszuheben. Ich frage die Deutschnationalen, ob sie bereit sind, das zu tun. (Stürmische Entrüstungsrufe rechts.) Bisher, das kann ich feststellen, haben die Deutschnationalen das Gegenteil davon getan. (Sehr richtig.) Und das konnte ja gar nicht anders sein. Denn sie bilden ja mit jener Gruppe, auf deren äußerem Flügel die Mörderorganisationen sitzen, ein solidarisches Parteigebilde. Ihre Partei bildet für die Mörder das schützende Dach. (Stürmische Entrüstungsrufe links und auf der Tribüne.) Sie können der Hydra des politischen Mordmordes den Kopf abschlagen, wenn Sie wollten, Sie haben das nicht gewollt, Sie haben das nicht getan. Sie haben das Gegenteil davon getan! Das Gegenteil davon hat vor allem einer von Ihnen getan: Heuschreck!

Wenn Heuschreck den politischen Mord nicht wollte, müßte doch die Ermordung Erzbergers eine jurisdiktorische Warnung für ihn sein. Heuschreck war Führer der persönlichen Gehe gegen Erzberger. (Rufe links: Mörder!) Er trieb sie so lange, bis der Mann tot am Boden lag.

Müßte ihn das nicht zur Vorsicht mahnen? Aber wo ist die Vorsicht geblieben? Er hat am 23. Juni hier eine Rede gegen die Regierung und ihre anmaßliche Politik gehalten. Er hat die Regierung verächtlich genannt. Er hat den Staatsgerichtshof für die Verleugner. (Zurufe links.) Und er hat ein Tag vergangen, was der Minister des Innern, der Vorsitzende der Mörderbände zu Boden gestreckt. Heuschreck hat die Folgen gekannt, die sich aus seiner Gehe ergeben. Er hat sich durch seine Erfahrungen nicht abschrecken zu lassen, diese Gehe fortzusetzen. Und dieser Mann, von dem das mildeste Urteil sagen mag, daß er sich der Tragweite seiner Kundgebungsweise nicht bewußt ist. (Zurufe links: Der weiß, was er will!) und die moralischen Hemmungen eines normalen Menschen nicht kennt, ist der Führer Ihrer Partei. Müßte dieser Mann, hinter dem blühende Schatten nachlos gewandelter Menschen drohen und auflagen stehen, müßte dieser Mann endlich aus dem öffentlichen Leben verschwinden. Das ist der einzige Dienst, den er seinem Volke zu leisten noch im Stande ist. (Stürmischer Beifall links.)

Wir fordern ein rücksichtsloses Vorgehen der Regierung gegen die geheimen Organisationen, welche die Mörderbände beherbergen. Wir fordern rücksichtsloses Verbot aller der Regimentsfeier und Appelle, die zur lebendigen zum Gegenstand menschenwürdiger Kundgebungen werden. Wir fordern rücksichtsloses Zugreifen seitens der Regierung, die aus im Namen des deutschen Volkes dafür zu halten hat. (Beifall links und in der Mitte.)

Wir wissen, daß die Ausführung der Beschlüsse der Regierung gegen die Geheimorganisationen nicht die Schuldigen, die in dem reaktionären Beamtenstand dem wirksamsten Säug der Republik entgegensteht. Wer die Republik nicht retten will, der soll darauf verzichten, von ihr Gehalt und Unterstützung zu beziehen, der soll aus ihrer Dienstreue scheiden. (Beifall links und in der Mitte.)

Wir fordern, daß der Zustand der Verwahrlosung aufhört, welcher durch ungenügende Maßnahmen, die die Anklage bekräftigen, nicht nur heute noch in der Verwahrlosung des gestrigen Tages erblickt. Die Regierung muß sich hier bewähren; der Glaube in die Arbeitskraft eines Arbeitnehmers beginnt

gegen rechts ist nur gering. (Sehr richtig! links.) Die Tatsache, daß von all den Kappverbrechern als einzige Ausnahme Herr v. Jagow die Regel befolgt, daß man in diesen Tagen Kundgebungen eigener Parteien vermeiden, welche schwarz-weiß-rote Fahnen, die zu provokatorischen Zwecken geführt werden, herunterhalten, mit Gefährnis bestraft wurden, zwingt uns zur Forderung der politischen Amnestie, soweit nicht gemeine Verbrechen damit in Verbindung stehen. (Beifall links.)

Meine Damen und Herren! Die Justiz in unserem Lande ist ein Skandal, der zum Himmel schreit, und die in ihre betätigte Reaktion unterwirft die Grundfesten der Republik. (Stürmische Zustimmung links und auf den Tribünen.) Glauben Sie, daß es einen Menschen in Deutschland und im Ausland gibt, der den Freispruch Kallinger durch die badiischen Geschworenen versteht? (Stürmischer Beifall!) Aber es wird jedem verständlich, der von der Tatsache Kenntnis erhält, daß der die Anklage vertretende Staatsanwalt es ablehnte, den Beamten zu vernehmen, der die Spuren Kallingers entdeckte und der in den der Staatsanwaltschaft überreichten Akten bereits darüber berichtet hatte und Zeugen angegeben hatte, das Kallinger, ehe es ihm gelang, Schulz und Lillien als Mörder zu dingen, unter Angebot von Geld an verschiedene Personen in München mit der Aufforderung, Erzberger zu ermorden, herangetreten war. (Beifall links.)

Hier ist eine neue Aufgabe, die der neue Staatsgerichtshof zu prüfen, als eine seiner ersten Aufgaben zu übernehmen hat. Das deutsche Volk ist gutmütig und leicht verzeiht. (Zurufe: Leider!) Wie wäre es sonst möglich, daß jetzt in der Liquidierung des furchtbaren Krieges die Reaktion wieder so dreist ihr Haupt erheben kann. So sehr, wie nach dem Zusammenbruch die Nationalisten und ihre Presse sich gebardeten, so zeigen sie sich auch heute. In Feigheit und Bewußtlosigkeit sind sie dabei, die Schuld auf andere zu wälzen. (Zurufe: Glende Deuchler!) Sie arbeiten daran, um die Spuren der Mörder zu verwischen. Denn etwas anderes ist es nicht, wenn die „Deutsche Zeitung“ plötzlich entdeckt, eine Weibergeschichte freude hinter dem Attentat. (Großer Beifall links.) Das ist das alte Glück, das bei der Ermordung des unabhängigen Abgeordneten Gareis zur Anwendung kam. Wenn die „Tägliche Rundschau“ darauf hinweist, daß es wahrscheinlich gewesen wäre, die aus Kallinger über den Kapallo-Vertrag mit der Sozialregierung den Augenwurmiger erschaffen hätten, wenn die „Deutsche Tageszeitung“, das Organ der geistig Schwermütigen (Sehr gut), wie sie der einzige Chefredakteur des Blattes, Herr Dörl, demselben bezeichnete, behauptet, rechtsstehende Kreise waren nicht so töricht und verblendet, ein solches Attentat zu begehen: In linksradikalen Kreisen solle man die Täter suchen. (Zurufe links.)

Auch unsere Duldsamkeit gegen diese nachträgliche Unterföhung der Mordgefahren, die sich gerade als Beispiel zur Mord charakterisiert, weil sie die Aufmerksamkeit des Volkes auf andere Wege lenken will, ist zu Ende. Schuldig an dem Verbrechen machen sich nicht nur diejenigen, die die Hand, die den Kopf für den Mord hergab, schuldig machen sich auch die Geldgeber jener Kreise, denen rücksichtslos nachgeforscht werden muß, deren Vermögen dem Staate verfallen sollte, den sie zu fügen beabsichtigen und schuldig machen sich alle diejenigen, die an der Verwischung der Spuren der Mörder arbeiten. Unter keinen Umständen — das betone ich hier mit besonderem Nachdruck — darf die Verordnung des Reichspräsidenten gegen die linksgerichtete Arbeiterpartei angewandt werden oder angewandt werden können. (Sehr richtig! links.)

Jeder Versuch irgend einer Behörde, hierzu auf von der Reichsregierung und wird von der deutschen Arbeiterpartei auf das rücksichtslose bekämpft werden. (Beifall links.) Von der Arbeiterpartei, die sich geschlossen zusammenschloß zum Schutze der Republik im Kampfe gegen diejenigen und gegen das System, das uns in dieses Unglück geführt hat und die in jadisiger Gier immer wieder in den blühenden Wunden unseres Volkskörpers wühlen und immer aufs neue von der Bahn zu geordneten Verhältnissen zurückwerfen. Verschwinden müssen die Symbole der alten Monarchie. Denn wir Sozialdemokraten sehen und haben in der roten Fahne das Symbol des Kampfes für Völkerverständigung und Völkerverständigung. Wir sehen in den schwarz-rot-goldenen Fahnen der Republik das Bekenntnis zur Demokratie und zum friedlichen Aufbau. (Beifall.) Viele, die heute sich zu uns bekennen, hängen den schwarz-weiß-rotten Fahnen an, bis die Leiden unseres Volkes sie zur Abkehr zwingen. Heute ist die schwarz-weiß-rote Fahne der Monarchisten zur Mörderfahne geworden. (Zurufe links: Beifall im Hause und auf den Tribünen.) Wir werden sie nicht mehr als Protest gegen die heutige Staatsform dulden, wir rufen die Regierung auf, uns darin zu unterstützen. Den Anträgen zu weichen, ist es zu spät. Jetzt muß mit harter Faust zugegriffen werden. (Stürmische Zustimmung.)

Der Herr Reichspräsident, den beehrt vielleicht ein Bericht, den wir vor einigen Tagen auch den preussischen Behörden zu übergeben in der Lage waren. In allen Städten unseres Landes jetzt von Mörder zu werden. (Hört, hört!) Und am 2. Mai dieses Jahres empfing der Bruder des als eines der Mörder Erzbergers festgehaltenen Oberleutnants Heinrich Lillien in seiner Wohnung in Frankfurt a. M., Gindelsstraße 49, einen der neu gewonnenen Agenten, um ihn über seine Aufgaben zu informieren. In der Unterhaltung entwickelte Lillien kein politisches Programm, das, kurz gesagt, in der Wiedererrichtung der Monarchie gipfelte, allerdings ohne Wilhelm II. (Heiterkeit.)

Um dieses Ziel zu erreichen, sagte er, müßte mit allen Mitteln rücksichtslos vorgegangen werden. Als eines der hauptsächlichsten Mittel bezeichnete er Provokationen. (Hört, hört!) durch welche die Arbeiterpartei zum Generalstreik bezogen, zur allgemeinen Erhebung gereizt würde, wodurch wiederum die Reaktion, zu deren hauptsächlichster Stütze er die Reichswehr rechnete, zur Gegenaktion gezwungen werden könnte. (Stürmische Rufe: Gehe! Gehe!) Daß die Reaktion dabei die Oberhand behalten würde, war ihm selbstverständlich. Auf die Frage, was denn unter Provokation zu verstehen sei, nahm er das Feld seines Bruders Heinrich Lillien, das auf keinem Schreibstift stand, in die Hand, zeigte es mit den Worten: Das ist mein Bruder, der hat das erste Schwere geschickt. (Großer Beifall.) Die Abg. der Linken firmen mit erheblichen Juchzen und mit Rufen, wie „Mörder! Lumpen! Verbrecher! auf die Deutschnationalen ein. Kur langsam legt sich die Erregung. Der Neugeworbene erhielt den Auftrag, nach München zu fahren. Am Bahnhof brüllte ihm Lillien 2000 Mk. in bar und eine Fahrkarte für den D-Zug nach München in die Hand. Hier wurde er bei dem Kapitulantenant a. D. Hoffmann, Franz-Josephstraße in München, bei Herrn Dr. Schäfer wohnhaft, eingewiesen, der offen bekannte, daß hier die Leitung der Organisation Central lag, die sich in verschiedenen Unterabteilungen gliedert. Am 2. Mai erhielt der Angeworbene weitere 2000 Mk. in bar. Und nun kam das Gespräch wiederum auf die Provokationen und Hoffmann erklärte, daß das beste Mittel zur Förderung der Monarchie die Verführung hervorzubringen linksgerichteter Verhältnisse sei. Nachdem Erzberger nunmehr erkrankt sei, müsse nächst Walter Rathenau und Scheidemann in Betracht kommen. (Zurufe links: Heuschreck!)

Am 21. Mai erhielt der Geworbene, nachdem er befragt war, ob er in Regal befaßt sei, das heutige Gewerkschaftshaus und Scheidemanns Name, den Auftrag, einen ihm unbekannt gebliebenen Herrn bis Regal zu begleiten und ihm dort über die örtlichen Verhältnisse zu informieren. Es befiel für mich kein Zweifel, daß es der Mörder war, der Scheidemann zu befehligen bestimmt war, denn die Tat nicht gelang, die dann nur der deutschnationalen Gehe Gehezeit zu haben und Gekoch über Scheid-

mann und dem Chefredakteur der „Deutschen Tageszeitung“, Herrn Paul Baeder, Mitglied der deutschen Landtagsfraktion, Unfug zu seinem Artikel „Attentat mit der Klistierprobe“ gab. (Zurufe rechts: „Hat er nicht geschrieben!“ Lärm links.)

Wir fordern die Befolgung und Aufhebung dieser Geheimorganisationen, rücksichtslose Verhaftung der Verdächtigen, gleichviel, ob sie aktiv oder als Geldgeber der Mörderorganisationen tätig sind. Verbot der Regimentsfeier und Appelle, Verbot der schwarz-weiß-rotten Mörderfahne, Reorganisation vor allem der Reichswehr und Reinigung der Schupo von allen reaktionären Elementen. Wir fordern die Reorganisation der Justiz und auch besonders der Staatsanwaltschaft. (Beifall links.)

An die Arbeiterpartei richte ich den Mahnruf: Laßt Euch nicht provozieren! Macht die Hoffnungen der Reaktion auf Passivität und Gewalttätigkeiten zuschanden, schließt Euch zusammen zum Schutze der Republik. In Eurer Hand liegt die Zukunft unseres Volkes. Nieder mit der Reaktion! Es lebe die Republik! (Langanhaltender stürmischer Beifall links, in der Mitte und auf den Tribünen.)

Abg. Marx (A.): Eine ungeheuerliche Tat hat nicht nur im Kreise unserer Parteien, nicht nur im deutschen Volke, sondern auch in Kreisen des Auslandes eine außerordentliche Erbitterung hervorgerufen. Uns dieses Mannes gerade in der heutigen Zeit, gerade jetzt, wo wir in so schweren Verhandlungen mit dem Auslande stehen, durch Mordtaten herabzu ziehen, damit hat man ein Verbrechen an Deutschland begangen, das durch irdische Strafe nicht zu sühnen ist. Der Bestand der Republik ist wieder in Gefahr. Wir stehen an einem Wendepunkt unserer Geschichte. Jeder, der es mit unserem Staatswesen und mit der Reichsverfassung ernst meint, ist jetzt verpflichtet, mit aller Energie, mit allem Ernst zur Staatsform und zur Verfassung Stellung zu nehmen. Wanken und Schwanken gibt es nicht mehr. Es muß entschieden werden: Die Republikaner, die Andersdenkenden. (Beifall links.) Wer Gegner der Verfassung ist, möge es offen sagen, aber er ist dann auch Gegner des deutschen Volkes. (Stürmischer Beifall.) Ich kann nicht verschweigen, daß die deutschnationale Presse seit Monaten und Jahren darauf ausgeht, in geradezu unverantwortlicher Weise die politischen Leidenschaften anzuspornen. Die Heuschreck, die die „Deutsche Tageszeitung“ einem Artikel über das Attentat auf Scheidemann gegeben hat, hat auch mir wirklich die Schamröte ins Gesicht getrieben. Das Zentrum stellt sich einmütig hinter die Regierung und erklärt die Verordnungen des Reichspräsidenten für durchaus begründet und gerechtfertigt. Nicht das patriotische Wortgeplänkel, die Häufung nationalistischer Phrasen ist nationale Gefühnung. National sind wir, die wir mit den Demokraten und Sozialdemokraten im Dienste des Vaterlandes positiv arbeiten. Wir billigen auch die weitere Ausdehnung der Strafanordnung auf die Beschimpfung der Person des Reichspräsidenten und der Regierungsglieder. Dem Unfug auf diesem Gebiete muß endlich ein Ende gemacht werden.

Das Wort erhält dann Abg. Dr. Hergt (Dn.). Beim Betreten der Rednertribüne wird er von der Linken mit stürmischen Entrüstungsrufen empfangen. Die Sozialdemokraten verlassen geschlossen den Saal. Redebour ruft: „Hier bleiben! Wir wollen den Angeklagten hören und dann antworten!“ Dem Reichspräsidenten Loebe ist es fast unmöglich, Ruhe herzustellen. Der Redner wird fast nach jedem Satz von der äußersten Linken mit stürmischen Rufen, wie „Heuschreck!“ und „Mörder!“ „Unverschämtheit!“ und „Fressheit!“ unterbrochen. Präsident Loebe muß wiederholt darum ersuchen, den Abg. Hergt reden zu lassen und droht schließlich mit der Unterbrechung der Sitzung. Hergt erklärt, daß die deutschnationale Volkspartei von tiefster Entrüstung und Empörung über die verruchte Tat erfüllt ist, der Minister Rathenau zum Opfer gefallen ist und anerkennt, daß außerordentliche Maßnahmen der Reichsregierung nötig sind. Er bemängelt aber, daß diese Verordnungen sich ausschließlich gegen die Rechtsparteien richten und befürchtet, daß der Staatsgerichtshof schon in seiner Zusammensetzung einen politischen Charakter erhält. Die deutschnationale Volkspartei wird daher die Verordnung als mit dem Geist der Verfassung nicht vereinbar bekämpfen. (Bravo! rechts. Beifall links.)

Präsident Loebe erklärt, während der Rede des Abg. Hergt seien viele unparlamentarische Zwischenrufe gemacht worden, daß er sie nicht habe rügen können.

Reichsjustizminister Dr. Radbruch:

Befragnisse der Arbeiterpartei, daß auch diese Verordnung gegen links angewendet werden würde, sind völlig unbegründet. Die Fassung „Gewalttaten gegen die republikanische Staatsform“ ist nach eingehender Prüfung gewählt worden, um klarzustellen, daß rechtsradikale Gewalttaten gemeint sind. Weiter habe ich zu bemerken, die lange Liste der ungehörteten Verbrechen gegen linksstehende Politiker läßt, das betone ich hier nicht zum ersten Mal, die von den sozialistischen Parteien längst geforderte Amnestie unerlässlich erscheinen. (Beifall links.) Ich darf im Namen der Reichsregierung erklären, daß das Gesetz zum Schutze der Republik, das dem Reichstag alsbald zugehen wird, die politische Amnestie bringen wird. (Erneutes Bravo! links) und ich gebe der festen Erwartung Ausdruck, daß sie durch weitgehende Amnestien der Länder ergänzt werden wird. (Beifall links, b. d. Mehrheit.)

Abg. Crispian (Unabh. Soz.): Wer dem Abg. Hergt während seiner Rede ins Gesicht sah, der hat deutlich das Rainszeichen gesehen, das auf seiner Stirn steht. Wir wissen sehr wohl, daß die Deutschnationalen, solange sich ihre Kreaturen in den behördlichen Stellen der Verwaltung und der Justiz befinden, Ausnahmeverordnungen nicht zu fürchten haben. Umso mehr hat die Arbeiterpartei die Pflicht, auf dem Posten zu sein. Der gemeuchelte Minister war unser politischer Gegner, aber er genoh auch als solcher durchaus unsere Achtung, weil er das Beste für das deutsche Volk erstrebt hat. Die Behauptung des Abg. Hergt, die Deutschnationalen seien nicht schuld an dem Verbrechen, kann nicht bewiesen werden. Sie ist nichts als eine Spiegelgeschichte. (Beifall links.) Zahlreiche Pressestimmen und Kundgebungen aus dem Lager der Rechtsparteien haben die Atmosphäre geschaffen, die zum Mord führte. In Elberfeld haben z. B. nach dem Bekanntwerden der Ermordung Rathenaus Hakenkreuzler Singslieder gesungen. (Stürmische Entrüstungsstufe auf der Linken.) Hunderte von Beweisen liegen vor von der Mitschuld der Deutschnationalen. Sie zeigen, daß die deutschnationale Partei eine ausgesprochene Mörderorganisation ist. (Beifall links.)

Reichsminister Dr. Wirth:

Es war nicht möglich im Laufe des gestrigen Abends dem Minister Rathenau um seine Verdienste für das deutsche Volk für den deutschen Staat und die deutsche Republik zu würdigen. Es war auch nicht möglich, in Ihrer Mitte seine großen Gedanken und Entwürfe zu würdigen. Eines will ich Ihnen jedoch sagen, wenn Sie in Deutschland auf einen Mann, auf seine glänzenden Taten und auf sein Wort hätten bauen können in einer Frage, die besonders im Interesse unseres Volkes lag, dann war es die Arbeit des Herrn Dr. Rathenau bezüglich der großen Schicksalsfrage der Welt im Aufbruch zu neuen Tagen. (Beifall links und in der Mitte.) Hier haben Sie eine große Enttäuschung erfahren. Die Herren, die die Verantwortung dafür tragen, können das niemals mehr an deutschen Volke wieder gut machen. (Beifall links.) Der Rede des Herrn Dr. Hergt bin ich mit einiger Enttäuschung gefolgt, weil ich erwartet habe, daß diese

Verteidigung des politischen Mordes.

In München erscheint, worauf wir schon einmal hinwiesen, eine Zeitschrift „Der Wälding“, die von den Leuten der Organisation C herausgegeben und geleitet wird. Diese Zeitschrift legt nun bei Besprechung des Rillingerprozesses in ihrer Nr. 9 folgenden des offenen Geständnis ab: „Der artige politische Terrorakte, wie der Mord an Erzberger...“

Deutschnationale und Reichslandbund.

Für die Politik der Deutschnationalen Partei in der Frage der deutschen Volksernährung ist weniger als das, was von ihrer Seite am Montag im Reichstag über die Getreideumlage gesagt wurde, kennzeichnend, als die Person des Redners selbst. Die Deutschnationale Partei hätte nämlich keinen andern als den langjährigen Vorsitzenden des Bundes der Landwirte, des jetzigen Reichslandbunds, den Abgeordneten Dr. Köstke, vorgeschickt.

Die Deutschnationale Partei hat sich durch die Wahl dieses Redners mit dem Bund der Landwirte, dem jetzigen Reichslandbund, identifiziert. Die Wirkung dieser Tatsache auf die städtischen Anhänger dieser Partei bleibt abzuwarten. Möglich, daß sie sehr bald zu erkennen sein wird, nämlich, wenn tatsächlich die Getreideumlage abgelehnt und der Reichstag aufgelöst werden sollte.

Devisen-Kurse.

Berlin, 26. Juni. Amfliche Devisennotierung an der Berliner Börse. Table with columns for location (Amsterdam, Brüssel, etc.), date (24. Juni, 25. Juni), and exchange rates.

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angelommen am 24. Juni: D. Fehmarn von Durgstaaten in 4 1/2 Std., 25. Juni: D. Nordstern von Christiania in 2 1/2 Std., D. Heimdal von Remdorn, D. Draken von Kopenhagen in 2 Std., D. Westfluten von Kopenhagen in 1 1/2 Std., D. Solus von Stockholm in 3 Std., S. Hans von Odense in 2 Std., S. Agnes von Korsör in 1 1/2 Std., D. Brita von Rastök in 1 1/2 Std., D. Bruntum von Kopenhagen in 1 1/2 Std., D. Bürgermeister Lafranz von Durgstaaten in 3 Std., D. Robert Doornhof von Lego in 1 1/2 Std., S. Moorfleet von Lego in 1 1/2 Std., S. Wohldorf von Lego in 1 1/2 Std., D. Heilgurt von Sonderburg in 1 1/2 Std., 26. Juni: D. Hornfeld von Newkalle in 3 Std.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistadt Lübeck und Heilketten Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Internat. Sozial. Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Reuter & Co., Lübeck in 1922.

Land. Daß die Demokraten an der Republik festhalten, ist selbstverständlich. Die Demokratie war es, die uns von der Gewalt der Arbeiter- und Soldatenräte befreite. Das deutsche Volk sollte sich heute noch dankbar dessen erinnern, was die führenden Männer der Nationalversammlung mit der Schaffung der Verfassung geleistet haben. Die demokratische Republik ist innerpolitisch die einzige Möglichkeit zum Wiederaufbau.

Die Verordnung zum Schutz der Republik.

Die Reichsregierung hat dem Reichspräsidenten empfohlen, von Artikel 48 der Verfassung Gebrauch zu machen. Der Reichspräsident hat daraufhin folgende Verordnung erlassen:

Auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung wird zur Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung folgendes verordnet:

I. Verbotene Versammlungen.

§ 1. Versammlungen, Umzüge und Kundgebungen können verboten werden, wenn die Befürchtung begründet ist, daß durch sie die Ruhe und Ordnung und der Bestand der Republik gefährdet wird, oder daß man in ihnen zu Gewalttaten gegen Mitglieder der jetzigen oder einer früheren republikanischen Regierung des Landes aufreizt, solche Handlungen billigt oder die republikanischen Einrichtungen des Landes in einer den inneren Frieden gefährdenden Weise verächtlich macht.

Bereine und Vereinigungen, die Bestrebungen dieser Art verfolgen, können verboten und aufgelöst werden.

§ 2. Zuständig für Maßnahmen nach § 1 sind die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bestimmten Stellen. Der Reichsminister des Innern und die Landeszentralbehörden werden um die Anordnung einer solchen Maßnahme ersucht. Glaubt die Landeszentralbehörde einem solchen Ersuchen nicht entsprechen zu können, so teilt sie dieses spätestens am zweiten Tage nach Empfang des Ersuchens dem Reichsminister des Innern mit und ruft gleichzeitig den Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik an. Dessen Urteil ist entscheidend. Seinen Anordnungen hat die Landeszentralbehörde zu folgen.

§ 3. Gegen die Anordnung nach § 1 ist die Beschwerde zulässig. Sie hat keine aufschiebende Wirkung. Die Beschwerde ist bei der Landeszentralbehörde einzureichen. Diese kann ihr nach § 1 abhelfen, muß andernfalls aber den Staatsgerichtshof zur Entscheidung anrufen. Wer nach § 2 verbotene Vorzüge oder Kundgebungen übernimmt oder als Redner darin auftritt, wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft, dagegen kann auf Geldstrafe bis zu 300 000 Mark erkannt werden.

II. Strafbestimmungen zum Schutze der Republik.

Mit Gefängnis bis zu fünf Jahren und mit Geldstrafe bis zu 500 000 Mark wird, soweit nicht andere Vorschriften eine schwerere Strafe anordnen, bestraft:

- 1. Wer öffentlich Gewalttaten gegen die republikanische Staatsform oder die Mitglieder der jetzigen oder einer früheren Reichsregierung oder einer Landesregierung verheißt, belohnt oder begünstigt,
- 2. wer öffentlich zu Gewalttaten gegen ein Mitglied der jetzigen oder früheren republikanischen Regierung oder eines Landes auffordert, aufwiegelt oder sonstige Gewalttaten mit anderen veranlaßt,
- 3. wer die Mitglieder der jetzigen oder einer früheren Regierung des Reiches oder eines Landes verleumdete oder öffentlich beschimpft,
- 4. wer öffentlich die republikanische Staatsform oder die Reichs- und Landesfarben beschimpft.

III. Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik.

Bei dem Reichsgericht wird ein Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik gebildet mit einer Besetzung von sechs Mitgliedern. Drei Mitglieder ernannt das Präsidium des Reichsgerichts aus den Mitgliedern des Reichsgerichts, vier Mitglieder ernannt der Reichspräsident. Die vom Reichspräsidenten ernannten Mitglieder brauchen nicht die Fähigkeiten zum Richteramt zu haben. Für alle Mitglieder sind Stellvertreter zu ernennen. Unfallgebehrde ist die Reichsanwaltschaft. Der § 359 des Gerichtsverfassungsgesetzes gilt entsprechend.

Auf das Verfahren finden die Vorschriften über das Verfahren vor den Strafkammern entsprechende Anwendung. Der Reichsminister der Justiz kann besondere Vorschriften erlassen.

Der Staatsgerichtshof ist zuständig:

1. für Gewalttaten gegen die republikanische Staatsform des Reiches oder gegen Mitglieder der jetzigen oder einer früheren republikanischen Regierung des Reiches oder eines Landes;

Dazu kommt eine weitere Verordnung über das

Verbot bestimmter Versammlungen.

Mit Rücksicht auf die allgemeine tiefe Erregung der Bevölkerung werden die nachfolgenden Veranstaltungen, die zu Zwischenfällen führen können, verboten:

Die Landeszentralbehörden werden ermächtigt, die für den 28. Juni 1922 geplanten Veranstaltungen zur Erörterung des Friedensvertrages, der Kriegsschuldfrage und der damit zusammenhängenden Fragen auch außer den nach der Verfassung zulässigen Fällen zu verbieten. Das gleiche gilt für Regimentsfeiern und andere Versammlungen.

Wer hiernach verbotene Veranstaltungen abhält, wird mit Gefängnis bis zu fünf Jahren, bestraft, daneben kann auf Geldstrafe bis zu 500 000 Mark erkannt werden.

Die dieser Verordnung entgegenstehenden Artikel der Reichsverfassung werden vorübergehend außer Kraft gesetzt.

Gelegenheit benutzt wird, einen Strich zu ziehen gegen die, die sich leidenschaftlich einer Gesundung unseres Volkes widersetzen. Ich habe erwartet, daß von dieser Seite aus ein Wortchen fällt, um einmal auch die in Ihren eigenen Reihen zu einer gewissen Ordnung zu rufen, die an der Entwässerung einer Mordatmosphäre in Deutschland zweifellos persönliche Schuld haben. Was Sie, Herr Wulle, in Ihren Zeitungen geschrieben haben, das (mit erheblicher Stimme) können Sie nicht wieder gut machen. (Stürmischer Beifall und Entrüstung auf der linken Seite. Zurufe links: Er glänzt noch vor Freude!) Ich verstehe, daß man an der Politik und an unserem Verhalten Kritik üben kann. Ich verstehe auch den politischen Kampf und den Aufruf zum Terror. Aber Gemeinheit des ganzen Landes soll es sein, daß die Mordatmosphäre der deutschen Politik die Rettung der deutschen Nation ist. Wiederholt haben wir das Erzittern des deutschen Volkstörpers erlebt. Da schreibt nun ein Kollege in seinem Blatt, die jetzige Regierung sei eine vom Reich bezahlte, aber von der Entente angeführte Regierung, die alle Forderungen und Vorschriften der Entente zu erfüllen hat, wenn sie nicht auf die Straße gesetzt oder hingerichtet werden will. (Stürmische Hürufe im Hause und auf den Tribünen.) Kann man sich eine schlimmere Entwürdigung von Menschen denken, die, wie wir seit Jahresfrist an dieser Stelle stehen? Steigt Ihnen (nach rechts) da nicht die Schamröte ins Gesicht? (Zurufe links: Nein!) Dieser Artikel, der die schändlichsten Beleidigungen enthält, ist ausdrücklich geschrieben von Reinhold Wulle, M. d. R. (Hürufe links und im Zentrum.)

Durch dieses Treiben von Ihrer Seite ist die Mordatmosphäre in Deutschland geschaffen und eine grenzenlose Verwilderung der Sitten eingetreten. Wir haben geradezu eine politische Vertiefung erlebt. Ich erinnere nur an die arme Frau Erzberger. Wenn sie diese Briefe gelesen hätte! Frau Erzberger lehnt es ab, damit an die Öffentlichkeit zu kommen. Wenn sie aber gelesen hätte, wie eine Frau, die den Mann verloren hat, deren Sohn im Krieg gefallen ist, deren eine Tochter sich dem religiösen Dienst gewidmet hat, gemartert worden ist in Briefen, die ihr mitteilten, daß man das Grab ihres Mannes beschmutzen will. (Großer Lärm auf der linken und in der Mitte — Die Abg. der Linken erheben sich mit türmischen Entrüstungsrufen und geballten Fäusten gegen die Deutschn. Reichstagspräsident Loebe kann nur mit Mühe die Ruhe wieder herstellen.) Wüßten Sie sich dann etwa, wenn nach solchen Ergüssen ihrer Bresse Briefe an mich kommen wie gestern einer, der datiert ist „Am Tage der Hinrichtung Dr. Rathenaus?“ (Erneuter Entrüstungsruf auf der linken und auf den Tribünen.) Auch der letzte Punkt politischer Vernunft ist hier erloschen. Ich will nur noch den Schlussatz dieses Briefes, mit dem ich mich sonst nicht beschäftigen will, verlesen:

„Mit Güte habt Ihr Männer des Erfüllungswahns nicht hören wollen auf die Stimme derer, die von der Fortsetzung der Wahnsinnspolitik abraten. So nehme denn das harte Verhängnis seinen Lauf, auf daß das Vaterland gedeihe.“

(Erneute stürmische Hürufe von der Linken bis zur Deutschn. Volkspartei und auf den Tribünen.) Das ist das System des politischen Mordes. Wir alle müssen daran arbeiten, diese Atmosphäre zu entgiften. Niemals habe ich einen Mann in so energischer vaterländischer Arbeit gesehen wie Rathenau. Ich war Zeuge des Anmarsches der großen Domänenstratzen im Untergarten. Da war Ordnung, da war Ruhe, da war Disziplin, aber räumen Sie (nach rechts) sich nicht. Unter dieser Disziplin und Ordnung ruht ein Vulkan, der, wenn er losbricht Ihnen ein Beispiel seiner Kraft geben kann. (Minutenlanger stürmischer Beifall und anhaltendes Händeklatschen im Hause und auf den Tribünen.) Ich wiederhole das Wort, welches ich neulich gesprochen habe, daß in einem so wahren und unerschütterlichen Entschuldigungskampfe unsere Pflicht uns dahin führt, wo die großen Scharen der arbeitenden Volks sind. (Erneuter Beifallsturm im Hause und auf den Tribünen.) Gewiß können wir die Frage des Wiederaufbaues aus eigener Kraft ohne die Einwirkung der allierten Staatsmänner nicht lösen. Es besteht kein Zweifel darüber, daß die Entente der demokratischen Regierung Deutschlands im Laufe des letzten Jahres fast nichts gegeben hat als Demütigungen. (Lebhafte Zustimmung.) Minister Rathenau war es, der aussprach: Gebt dem demokratischen Deutschland jene Freiheit, die die Republik bedarf, im inneren Europas eine Staatsform zu schaffen, die eine Gewähr des Friedens bietet. Alle unsere Mahnungen sind verhallt. Blut und Nachse war die Marelle. Wir haben keinen Zweifel: es ist für ein 50-Millionenvolk auf die Dauer unmöglich, unter der Herrschaft von Kommissionen zu leben, ein demokratisches Deutschland überhaupt lebensfähig zu erhalten. (Sehr richtig.) Da wundert es mich nicht mehr, daß diese Ententisten den General v. Ludendorff veranlaßt hat, in einer englischen Zeitschrift einen Artikel zu schreiben (Zuruf: Gegen gutes Honorar) und für Deutschland die Diktatur zu empfehlen. Von dieser Stelle sage ich es offen heraus: dieser Artikel ist eines deutschen Generals unwürdig. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen auch auf den Tribünen.) Ich bedauere in dem Gemordeten nicht nur den Freund, sondern wir sind tief unglücklich darüber, in ihm einen großen Mitarbeiter verloren zu haben. Das vielgeschmähte Wort der Erfüllungspolitik ist nach außen laboriert, wenn wir nicht nach innen zu einer festgefügteten einheitlichen Auffassung unserer Politik kommen.

Geduld und vor allem Geduld ist notwendig, und wer diese Geduld nicht aufbringt, der hat sich aus der Rettungsarbeit für unser Vaterland ausgeschaltet. (Stürmischer Beifall.) Mit nationalen Kundgebungen, mit Regimentsfeiern, lösen Sie (zur Rechten) keine Probleme.

Gibt es denn jemand, der glaubt, in Deutschland gäbe es Toren, die meinen, daß nach einem Friedhof die Lage des Sozialismus kämen? Dieses Whantom, als ob wir unsere Nation gerädert wölten, um dann Politik zu machen, ist doch das Lächerliche, was es in der Welt gibt. Geduld und wieder Geduld und nochmals Geduld, und die Nerven angespannt und zusammengehalten, auch in den Stunden, in denen es persönlich und politisch angenehm ist, sich in die Wägen zu schlagen. (Lebhafte Zustimmung links.) In jeder Stunde Demokratie, aber nicht Demokratie, die auf den Tisch schlägt und sagt: Wir sind an der Gewalt! Nein! Sondern jene Demokratie, die in Demut und Geduld in jeder Sache einen Weg der Freiheit für das eigene unglückliche Vaterland sucht. In diesem Sinne, meine Damen und Herren, Mitarbeit!

Aud in diesem Sinne alle Hände und jeder Mund sich regen, um endlich in Deutschland diese Atmosphäre zu zerbrechen. Da steht der Feind, wo Mephisto sein Gift in die Wunde eines Volkes träufelt, da steht der Feind, und darüber ist kein Zweifel!

Dieser Feind steht rechts!

(Stürmischer, minutenlanger, immer wiederkehrender donnernder Beifall im Hause und auf allen Tribünen.)

Abg. Heinze (D. Vpt.): Wir sind in der Beurteilung der Mordat der Auffassung des Herrn Reichskanzlers. Wir sind entsetzt, daß Deutschland aus dieser Atmosphäre nicht herauskommt. Was die Bedeutung des ermordeten Ministers angeht, so ist darüber wohl kein Streit notwendig. Wir stimmen dem Rufe, daß Abhilfe geschaffen werden muß, aus vollem Herzen zu und wollen alles tun, um dergleichen unmöglich zu machen.

Präsident Loebe rügt, daß von der Tribüne Zurufe gefallen sind und erwidert dem Abg. Ledebour auf einen Zuruf, daß er mit diesem seine gefundene Wiederkehr ins Haus bezogen habe.

Abg. Betersen (Dem.) freut sich der Anerkennung, die dem Minister für seine Tätigkeit gezollt wurde und zeichnet noch einmal die Verdienste auf, die sich Rathenau während und nach dem Kriege um Deutschland erworben hat. Dieser Mann ist erachtet worden für das, was er im Interesse des deutschen Volkes geleistet hat, als Minister der demokratischen Republik Deutsch-

An das schaffende Volk Lübecks!

Die neueste unerhörte Mordtat der Reaktion an dem Reichsminister Rathenau hat die kritische Lage der Deutschen Republik blitzhell erleuchtet. Das schamlose Treiben der Vernichter der Volkswohlfahrt gebietet jedem aufrechten Republikaner, jedem freilebenden, fortschrittlich gesinnten Menschen, scharf Stellung dagegen zu nehmen. So kann es nicht weiter gehen. Die Schuld der hinterhältigen, monarchistischen Militaristenkaste und ihres politischen Anhangs ist ins Riesige gewachsen. Ihnen muß gezeigt werden, daß die Republik wohl treue Gesinnung und Betätigung jedes Staatsbürgers achtet, aber nicht gewillt ist, den Volksstaat von ihnen zuschanden machen zu lassen. Der Mord ist genug geschehen. Bis hierher und nicht weiter. Wer den Boden der Republik untergräbt, hat die Folgen zu tragen.

Alle Bürger und Bürgerinnen, denen die freie Republik, denen das Wohl des Staates am Herzen liegt, die den Mördern ihren Abscheu für ihre ruchlose Tat aussprechen wollen, erscheinen deshalb am

Dienstag mittag 1½ Uhr auf dem alten Bahndamm zu

VOLKSDEMONSTRATIONEN

gegen die reaktionären Umtriebe.

Arbeiter, Volksgenossen, schließt die Reihen!

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.

Arbeitsgemeinschaft für Angestellte (Afa)

Deutscher Beamtenbund.

Sozialdemokratische Partei Lübeck.

Dreger.
Schröder.

Haut.
Weiß.

(3728)

Im Auftrage der Reichsregierung

und des Lübeckischen Senates gibt das Polizeiamt der Bevölkerung Lübecks folgenden Aufruf bekannt:

Der Mord an dem Reichsminister Dr. Rathenau

hat die schweren Gefahren enthüllt, denen Deutschland durch innere politische Gärung ausgesetzt ist.

Die Mahnungen, den Zwist der Parteien und den Streit um Vergangenes ruhen zu lassen und alle Kräfte der Nation, dem Aufbau und der Rettung des Vaterlandes zu weihen, sind ungehört verhallt! Eine ruchlose und nichtswürdige Verheerung, welche sich gegen die Staatsform richtet und ihre Diener für vogelfrei erklärt, treibt immer wieder unklare, politisch verblendete oder verwilderte Köpfe zu Mordversuchen und Mord. Ein Netz von Verschwörungen droht den inneren Frieden, der die Grundlage einer deutschen Erneuerung ist, zu zerstören. Der Mord an Rathenau ist nur ein Glied in einer Kette wohl-vorbereiteter Anschläge auf die Republik. Zuerst sollen die Führer der Republik, dann soll die Republik selbst fallen! In der Verteidigung gegen den verbrecherischen Anschlag muß Durchgreifendes geschehen; dem wachsenden Terror, dem Nihilismus, der sich vielfach unter dem Deckmantel nationaler Gesinnung verbirgt, darf nicht mehr mit Nachsicht begegnet werden. Der Ruf: „Die Republik ist in Gefahr!“ muß alle freilebenden für den Aufbau eines demokratischen Staatswesens arbeitende Schichten der Bevölkerung zusammenschließen und einigen. Das Reichskabinett eines seiner fähigsten und besten Mitarbeiter durch Mordmord beraubt, erkennt in der Stunde tiefster Trauer die politische Forderung dieser Stunde. Da Gefahr im Verzuge ist, muß schnell gehandelt werden. Die Reichsregierung hat daher dem Reichspräsidenten empfohlen, von seiner verfassungsmäßigen Befugnis Gebrauch zu machen und durch Verordnung den Schutz des Staates und das Leben seiner durch politische Mordorganisationen bedrohten Vertreter zu sichern.

Sie wird für strengste Durchführung dieser Verordnung Sorge tragen und sofort die Vorbereitungen treffen, um durch gesetzliche Vorschriften der moralischen und politischen Zersetzung entgegenzuwirken, die den Staat in seinen Grundlagen auf das schwerste bedroht.

Die Reichsregierung hofft, daß das Deutsche Volk in seiner verständlichen Erregung sich nicht zu Schritten verleiten läßt, welche die wirtschaftlichen und politischen Schäden und Wirren noch vermehren werden. Sie erklärt vielmehr, daß das Deutsche Volk sich hinter die Bemühungen der Regierung stellen wird und richtet daher an die Beamtenschaft, an die Arbeiter aller Parteien und an das ganze freilebende Bürgertum die ernste und dringliche Mahnung, zum Schutze des Staates in Not und Gefahr zusammenzutreten.

Es lebe die Republik!

Die Reichsregierung

gez. Dr. Wirth.

Reichspostminister

gez. Giesberts.

Freistaat Lübeck.

Montag, 26. Juni.

Die Scheinheiligen.

Psychologisches zur Attentatsstimmung.

Es muß gesagt werden: das rechtsparteilich gerichtete Bürgertum ist in seiner Mehrheit korruptiert bis auf die Knochen. Als am Sonnabend die Kunde von Rathenaus Mord durch die Straßen hallte, da sah man wohl den flüchtenden Plebs die Neugierde verschlingen, doch keine Miene sich vorziehen. Eine Neugierde mehr, weiter nichts! Vielleicht gleichgültig oder ein wenig dummschamhaft an einer Mauer oder Schaufenster angelehnten Judenprozents. Mancher dachte auch: einer mehr, hoffentlich folgen bald andere nach. Aber wo wir einem Arbeiter begegneten, da haßte es uns entgegen: Wie lange noch soll die Reaktion ungefährdet Mordgesellen dinge, wie lange wollen wir diesem Schandtreiben noch latentlos zuschauen? Nun faßt an, sonst handeln wir!

So ist die Stimmung des Volkes. Sie wird im politischen Teil unseres Blattes gewertet werden. Wir wollen uns hier etwas mit der lübeckischen bürgerlichen Presse befassen, der Vorkämpferin für Militärdiktatur und Monarchie. Das Dreigestirn ist sich einig in der Feindschaft gegen die Republik und faum artunterschieden. Wenn es gilt, für irgend einen Kommispopanz oder Flaggenwindel Reklame zu machen, dann piepsen sie alle in die gleiche Lute. Der Generalanzeiger lacht darin das Amtsblatt noch zu überreffen. Seine angebliche Unparteilichkeit ist nichts als Hinterlistigkeit; er knickt vor Spaukettierten zusammen und hebt Warteholz in den Himmel. Der Generalanzeiger war fanatischer Gegner Erzbergers wie er ausgesprochenen Feind aller sozialistischen oder nicht hohenzollerisch eingeweihter Minister ist. Und wenn der Generalanzeiger zum Mord Rathenaus Zeilen schindet, ihm persönlichen Schreie vorwirft und von geistiger Verblendung und Verirrung fanatisch beschränkter Köpfe fesselt, dann kann das Blatt die Gewißheit bieten, zu dieser Verblendung sein redlich Teil mit beigetragen zu haben.

Scheinheiliger, dafür um so verlogener geht der Wlögler des G. Anz., die L. N. vor. Sie rufen alle Parteien und Stände des deutschen Volkes zu gemeinsamer Verdamnung des fluchwürdigen Attentats auf und bringen zugleich einen national-miserablen Leitartikel, mit dem sie die Sozialdemokratie aus der Regierung hinauskomplimentieren und für die heutige Wirtschaftspolitik verantwortlich machen. Die auf ihre noble Gesinnung so stolzen L. N., deren Hintermänner die völksparteilichen und hunschwärzlichen Lebensmittellieferanten sind, beweisen mit dieser Prachtleistung ihre alldemokratische Gesellschaftsfähigkeit. Es ist wirklich nobel von diesem Winkelsblättchen, die Brotpreisversteuerung in Desterreich sozialistischer Regierungslust zur Last zu legen, wo jeder politische Trottel weiß, daß die Christlich-Sozialen das Land zu Schanden geritten haben.

Und nun zu unserer Busenfreundin, den Lübeckischen Anzeiger. Am Sonnabend brachte dieses alldeutsche Papier eine prämiierungsfähige Glanznummer heraus. Die bekannte Oghenheit der tyrischen Königstochter würde trotz feinsten Teilung nicht ausreichen, um den dort verzagten Unfinn und veritable Heuchelei zu umspannen. Das Amtsblatt der freien und Hansestadt Lübeck bringt es fertig, der Sozialdemokratie und insbesondere Dr. Leber a priori die Schuld zugumessen, wenn in dieser Woche ein kritischer Tag geboren werden sollte. Das Amtsblatt bringt es auch fertig, die Sozialdemokratie der Mitschuld am Kriege zu zeihen. Die Sozialdemokraten hätten das christliche deutsche Reich durch die Unterstützung 300 internationaler Kapitalisten zerstückeln helfen und was dergleichen Blödsinn mehr ist. Heucheltränen werden um den Mord Rathenaus vergossen. Das Blatt zielt zum Vergleich den Geist Erzbergers, der sich im Gegensatz von Rathenau mit Recht allgemeinen Hasses erfreut habe. Zwischenburch wird der Erfolg Rathenaus in Genoa, der Rapallovertrag, als erste selbständige Tat gepriesen, obwohl dasselbe hysterische Blatt diese Tat vor wenig Wochen in Grund und Boden verfluchte.

Doch dies sind alles Rinterlichkeiten im Vergleich zu dem redolenzjournalistischen Beitrag über das Attentat auf Scheidemann. Der politische Leiter dieses Blattes ver-

öffentlicht den Brief eines lagenhaften „Arbeiters“ Nische (wir werden mit diesem deutschnationalen Zeitdokument dem Blatt noch zur Unsterblichkeit verhelfen), wonach dessen Keffe beteuert, mit zwei Freunden von einem jüdischen NSB-Mann — angeblich Dr. Rosenfeld — für 800 000 Mark zu dem Anschlag auf den Sozialistenführer gedungen gewesen zu sein, „um den Nationalisten eins auszumischen“. Höher geht es wirklich nimmer! Wir zweifeln nicht, daß die L. N. sofort auch die Behauptung der völksparteilichen „Zeit“ nachdrucken werden, die den Mord Rathenaus kommunistischen Agenten des Auslandes in die Schuhe schiebt. Nach der obigen Leistung halten wir beim Amtsblatt wirklich alles für möglich. Wir bewundern die Courage des Amtsblattleiters, der immerhin eine gewisse Kenntnis über die Entstehung politischer Privatbriefe gegen die Sozialdemokratie besitzen sollte. Noch mehr bewundern wir den Verlag, der für derartig blindwütig-artilleristische Fehlschüsse noch Honorar bezahlt. Doch beim Amtsblatt ist kein Ding unmöglich. Seit Jahr und Tag heßt es in der schäblichsten Weise gegen die Republik, obwohl es an deren Futtertrippe mit lißt. Tagtäglich trägt das Blatt den militäristisch-monarchistischen Humbug unter seine beschränkte Leserschaft, läßt Escherich, Stahlhelm, Schuk- und Truh- und hochleben, dirigiert seine Getreuen selbst zum Paradeplatz, blökt nach Einigung des gesamten Volkes und höhrt diesem demweil hintertrübs den Dolch immer tiefer in den schon wundenbedeckten Leib. Der Haß gegen die Demokratie wird grenzenlos propagiert, ehrliches Schaffen fürs Volksganze seitens der Sozialdemokratie in den Rot getreten. Volksergötternde Politik der Rechtspartei ist es, die den Vulkan schuf, auf dem wir stehen. Den Blasebalg hauptsächlich mit getreten zu haben, ist das zweifelhafte Verdienst des lübeckischen Amtsblattes.

Beamte und Angestellte!

Am Dienstag sammelt die Arbeiterschaft wieder einmal ihre Heerscharen zu einer machtvollen Demonstration gegen den nationalsozialistischen Rummel, der sich in letzter Zeit zur wüsten Wüste entwickelt hat und wahre Orgien feiert. Die Beamten- und Angestelltenenschaft kann und darf diese Volkserblindung der rechtsstehenden Parteien nicht mehr mitmachen. Die Beamten und Angestellten müssen sich endlich frei machen von diesen Halsabschneidern. Jedem Festbesoldeten müssen doch die Augen auf Grund der Hände sprechenden Tatsachen aufgehen, wie er sich an sich selbst, seine Familie und seine Kollegenchaft veründigt, wenn er diesen vaterlandslosen Gesellen noch weiter die Gefolgschaft leistet. Die letzten Attentate und Reichstagsbehaupten haben das Maß der Beharrlichkeit überlaufen lassen. Es geht nicht mehr an, daß die Beamten und Angestellten weiter saumselig an des Weges Rand stehen und ahnungslos dem Treiben gewisser „gebildeter“ Kreise zusehen. Nein, Beamte und Angestellte, das geht nicht mehr so weiter! Der Zeitpunkt der Erkennung ist da, schüttelt ab das Koch der Reaktion, rüttelt die Indifferenten auf, macht sie auf die Gefahren aufmerksam und scharf Euch in Massen um die Fackel der freien Arbeiterschaft. Nur so ist uns die Möglichkeit gegeben, neuzeitliche Reformen in die bürokratische Verwaltungsmechanik zu schlagern und das Beamtenrätegesetz und Beamtenrecht noch in letzter Stunde annehmbar für uns zu stellen. Deshalb Beamte und Angestellte, auf zur Tat, beteiligt Euch einmütig an der Demonstration auf dem alten Behndamm. Zeit laßt den bürgerlichen Spießgesellen, daß ihr Euch nicht mehr als Werkzeuge und Puppen für ihre völksparteilichen Gesinnung gebräuchern lassen wollt! Zeit diesen „treutestischen“ Partisanen, daß ihr vollwertige Staatsbürger seid, an denen die Geschichte der letzten Zeit nicht achtlos vorüber gegangen sind! Zeit der Öffentlichkeit, daß ihr nicht mehr die alten, ephemerischen, mechanischen Diener zweiter Güte seid, sondern jetzt diesen Kretzeln, daß ihr Euch voll und ganz für Eure Freiheit einsetzt und daß ihr Euch selbstbewußt mit um das Banner der freien Arbeiterschaft schart! Ihr republikanischen Beamten und Angestellten, ihr Vertrauens- und Obleute der Volkspartei, sorgt für eine Massenbeteiligung der ganzen Beamten- und Angestelltenchaft bei der Demonstration.

Nieder mit dem Monarchismus!
Nieder mit den bürokratischen Verhehungen!
Es leben die Republik!
Arbeitsgemeinschaft von Beamte und Angestellte Lübeck.

Nochmals die Differenzen bei der Lübecker Limhle A. G. vorm. G. C. A. Asmus.

Die Erwiderungen der Ortsverwaltung des Fabrikarbeiter-Verbandes in der Nummer dieser Zeitung vom 21. und 22. Juni zwingen uns zu folgender Erwiderung:

1) Das Ultimatum des Betriebsrates vom 15. Juni wird angeschlossen nicht bestritten. Durch dieses Ultimatum ist aber das dementsprechend erfolgte Aufhören der Arbeit als Streik gekennzeichnet.

2) Es ist unrichtig, daß vor 12 Uhr ein Anschlag angeheftet worden wäre, der sich mit der Differenz befaßte.

3) Erst nach dem nach 12 Uhr Direktor Asmus festgestellt hatte, daß die Leute bei den Pressen nicht arbeiteten, sondern in Gruppen herumtanden, und ihm auf seine Frage erklärt war, daß man nur noch die Pressen leer machen wolle, ist ein Anschlag folgenden Wortlauts geschrieben und angeheftet worden:

„Da die Belegschaft die Arbeit niedergelegt hat, ohne den vorchriftsmäßigen Weg einer Verständigung über die schwebende Differenz zu betreten, ist die ganze Belegschaft hiermit entlassen. Neueinstellungen Arbeitswilliger können jederzeit erfolgen.“

4) Darauf, ob und mit welchen Worten Direktor Asmus die Arbeiter, welche die Arbeit bereits verweigert und niedergelegt hatten, zum Verlassen des Fabrikgrundstückes aufforderte, kann es in feiner Weise ankommen.

Da aber vermutlich die Gegenseite bei ihrer Sachdarstellung verbleiben wird, hat die Fortsetzung der Aussprache in Gestalt der Pressesehe keinen Sinn. Es ist deshalb der Schlichtungsausschuß ersucht worden, zur Klarstellung des Tatbestandes vor und bei der Beendigung der Arbeit die geeigneten Ermittlungen durch Vernehmung von Zeugen herbeizuführen und das Ergebnis dieser Feststellungen der Parteien in einem Spruche bekannt zu geben.

Für die Lübecker Limhle A. G. vorm. G. C. A. Asmus, C. u. i. e.

Der Verband Schiffszimmer hat über das Travewerft die Sperre verhängt. Zugang von Schiffszimmerern, Bootsbauern und Zimmerleuten ist ferngehalten. Der Vorstand des Verbandes des Schiffszimmerer.

Verksammlungsverbot. Der Polizeiherr hat die für Mittwoch geplanten Versammlung der „nationalen“ Verbände gegen die Schuldfrage auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten verboten.

Achtung, Delegierte des Ortsausschusses und Gewerkschaftsvorstände! Heute abend 7 1/2 Uhr wichtige Sitzung. Erscheinen aller ist Pflicht. Der Vorstand.

Der Reichsarbeiterporttag endigte am Sonntag mit einem großen Schauschwimmen in der Badeanstalt Falkendamm und einer Segelregatta des Seglerflubs „Hansa“. Es wurden allerlei Schwimm- und Sprungarten, Reigen und Spiele in den flachen Fluten vorgeführt. Auch Rettungsmaßnahmen für Ertrinkende wurden gezeigt. Kinder, Damen und Männer rangen in dem Wasser um die Palme des Sieges oder veranständiglichten zum Erstaunen der Nichtschwimmer, welche schwierige Aufgaben durch Uebung, Schwimmkunst und Schwimmkraft gelöst werden können. Der Wert des Schwimmens wird heute noch von vielen verkannt. Es ist aber eine äußerst gesunde Leibesübung. Vereintigt es doch mit der körperlichen Reinigung zugleich eine alleitige Betätigung der inneren und äußeren Organe. Ein geübter Schwimmer kann im Falle der Gefahr nicht nur sein eigenes Leben retten, sondern auch oft seine Mitmenschen vor dem Tode des Ertrinkens bewahren. Jeder gesunde Mensch sollte daher das Schwimmen erlernen. Wenn auch der Wasserport einer der jüngsten Zweige der Arbeiterportbewegung ist, so ist doch auch hier ein mächtiger Fortschritt zu verzeichnen. Wer das Schwimmen erlernen, oder sich fortwährend im Wasserport betätigen will, findet dazu in den Arbeiter-Wasserportvereinen Gelegenheit genug. Der Arbeiter wird sich auch in diesen Vereinen, bei seinen Klassenossen, weit woher fühlen, als in den bürgerlichen Vereinen. — Die Veranstaltung am Sonntag hatte zahlreiches Publikum an die Ufer der Wakenitz und in die Badeanstalt selbst gelockt. Mit großem Interesse wurden alle Darbietungen verfolgt. Auch die „kühnen“ Fahrten der Segler boten ein schönes Bild. Es ist ein schöner Sport, wenn man in den schmutigen Booten mit dem weißen gestrafften Linnen in schneller Fahrt die Wellen durchschneidet. So hat auch der letzte

Antje Möller.

Ein Roman aus Schleswig-Holstein von R. von der Eider.

28. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.) Siebentes Kapitel.

Auf Rehwischhof ging das Leben seinen gemohnten Gang. Die Pferde wechselten, aber der Wagen blieb derselbe; er fuhr in dem alten Geleise.

Hete Nehm und Trina waren längst verheiratet; sie kamen nicht auf Rehwischhof, aber sie konnten von ihrer Deichstute aus noch den Rauch aus dem Schornstein aufsteigen sehen.

Der zweite Anecht, der „tuffige“ Peter, hatte sich auch verheiratet; Friedrich diente beim Militär. Von Antje Möller sprach niemand.

Kolf und seine Mutter gingen jahrelang nebeneinander her im drückenden täglichen Einerlei. Er kumpfte ab. Der Gedanke an Antje rückte in immer weitere Fernen.

Eine lange Zeit hindurch ließ die Mutter ihn mit Heiratsplänen in Ruhe. Dann, nachdem schon mehrere Jahre verfloßen waren, kam ihr der Zufall zur Hilfe. Karline Peters, die Tochter eines benachbarten Hofes, war inzwischen herangewachsen. Sie war ein Jahr in Kiel gewesen, hatte dort die Gewerbeschule besucht und kam nun, mit allerhand städtischem Zierrat aufgeputzt, ins Elternhaus zurück.

Kolf kam mit den Nachbarsleuten öfters zusammen, und einmal fiel es Frau Andersen auf, daß er seine Blicke nachdenklich auf Karline ruhen ließ. Von dieser Zeit an leitete sie dem nachbarschaftlichen Verkehr möglichst Vorbehalt. Wenn sie indessen gelaubt hatte, daß er sich in das unglückselige Mädchen verlieben würde, war sie im Irrtum. Ihn hatte in dem Augenblick nur eine gewisse Neugierde mit Antje gefesselt.

Karline hatte helles Haar wie sie, wiewohl es nicht so voll und kraus war, wie Antjes. Es war immer hübsch glatt getämmt, kein widerpenkliches Löschchen kam zum Vorschein.

In der Figur war auch eine gewisse Ähnlichkeit; nur fehlte ihr ganz die bewaldete Grazie Antjes. Am meisten gefiel Kolf ihr geräuschiges Wallen; das berührte ihn wunderbar vertraut. Seine Mutter schmeidete das Eisen, so lange es noch warm. Er eiferte an, ihm Karlines Borzüge n das rechte Licht zu rücken, und diesmal ging sie vorsichtiger zu Werke.

Danz war noch, daß ihr Leiden sich immer enstler entwickelte. e. Hanz off große Schmerzen aus, und Kolf tat in seiner Gutzigkeit alles, was er zur Linderung beitragen konnte. Einmal

als sie einen heftigen Anfall von Magenkrämpfen überstanden hatte und rote Flecken auf ihren Wangen brannten, strich er ihr voller Mitleid über das eingefallene Gesicht. Sie haschte nach seiner Hand und hielt sie einen Augenblick lang fest; ihre brennenden Augen suchten die seinigen.

„Kolf“, sagte sie, „es geht nicht mehr so weiter; ich werde alt und kümmerlich. Ach, diese schrecklichen Magenschmerzen! Wenn Du mir doch bloß eine junge Frau ins Haus brächtest! Das würde eine Stütze für mich sein.“

Kolf schwieg. Er hatte seit jenem Tage, da er an Antjes Treulosigkeit glauben mußte, kein Weib wieder lieb geminnen können. Die Mädchen waren ihm gleichgültig; es war ihm auch egal, ob Rehwischhof eine Herrin bekam, ob das Geschlecht weiter gepflanzt wurde oder nicht. Aber freilich, wenn die Mutter mal sterben sollte, würde es anders; daß er dann mit lauter Diensthoten haufen sollte, war ihm ein unangenehmer Gedanke.

Er sah die Mutter aufmerksam an. Sie sah wirklich jämmerlich aus. Ihre Hautfarbe war fahlgrün; überall traten die Knochen scharf unter der Haut hervor.

Er sah wohl ein, daß es nicht lange mehr so weiter ging. Die Hauswirtschaft hatte schon längere Zeit gelitten. Die Wäpde verstanden kaum, eine ordentliche Mahlzeit zu kochen. Die Wäsche wurde schlecht gewaschen und kam oft unausgebessert in den Schrank. Im Hühnerstall herrschte keine Ordnung; die Kübber wollten nicht gedeihen, ja selbst die Mutter von Rehwischhof hüßte ihren alten Ruhm ein. Ueberall fehlte die kräftige, leitende Hand der Hausfrau. Einen Augenblick kam Kolf der Gedanke an Antje. Er schüttelte ihn ab, wie er ihn oft abgeschüttelt hatte. Er wollte nicht an sie denken, selbst nicht, wenn seine Mutter gestorben und er ein freier Mann wäre. Ein Weib, das mit jedem Mann kokettierte, konnte er doch nicht heiraten, und wenn es schon wie ein Engel wäre. Antje würde sich auch längst geträpelt haben.

Der Gedanke an das Kind kam ihm niemals. Er hatte nie davon gehört; es war ihm niemals in den Weg gekommen.

Die Mutter hatte noch viel zu schmeiben; Kolf hatte einen zu harten Kopf. „Eine nette Deern, die Karline,“ hob sie ein andermal an, „dar nicht häßlich und dabei so ehrbar; sie macht ihrem Mann keine Klauen vor. Ihr würdet fern zueinander passen.“

Kolf dachte nach. Ja, häßlich war sie gerade nicht, auch nicht roh und ungeschliffen und weder nicht überfreundlich. Sie kam mindestens zweimal in der Woche, um sich nach der Mutter Befinden zu erkundigen; daß zeugte gewiß von einem guten Herzen. Ja, die Mutter hatte recht; es mochte Schlichtere geben, und wenn er einmal heiraten mußte, dann war es wohl gleichgültig, ob diese oder eine andere es war.

Eines Nachmittags kam Karline Peters wieder zu Frau Andersen und brachte ihr ein Rezept gegen Magen Schmerzen. Sie mußte heißen und Kaffee trinken. Als Kolf später hinausging, sagte die Mutter: „Das war ein Mann für Dich, Karline.“

Das Mädchen schüttelte mit zweifelnder Gebärde den Kopf.

„Was macht Kolf sich wohl aus mir.“

„Na, daß man auf, er wird sich schon mal anbeißen. Dann halt' Du ihn mal ordentlich fest, mein Deern!“

„Das will ich wohl.“ Karline umspannte ihre Häfelndel so fest mit ihren spitzen Fingern, daß sie zerbrach.

Nicht lange danach traf Kolf eines Abends Karline allein. Ihr Vater wäre mal über die Fennen gegangen, sagte sie und Mutter hätte noch einen Augenblick mit dem Butterklopfen zu tun. Sie müßten aber gleich kommen. Karline sah auf der Sonnenbank vor der Tür, von wo aus man über die Werfte blickte. Sie rückte bei diesen Worten ein Ende weiter, was für Kolf eine Auforderung war, Platz zu nehmen.

Er setzte sich. Sein Bild schweifte umher. Es sah sich gut hier draußen im Grünen, wo man den jämerfälligen Gang der Däßen und den Flug der Kiebigte beobachten konnte. Still und friedvoll war es rings umher. Er lebte ordentlich auf, nachdem er hundentlang die düßere Krantenjubenluft Rehwischhofs geatmet hatte. Sein Bild glitt über Karline hin, die die Majestät an ihrer Häfelarbeit zählte. Es freute ihn heimlich, daß auch sie so etwas machen konnte, was er früher nur bei Antje gesehen hatte. Wie flink und zierlich ihre Finger sich bewegten! Sie saßen gar nicht da und tot aus, wie die der Diensthens. Sein Bild ging weiter und blieb auf ihrem Haar haften, auf das gerade etwas von dem Glanz der untergehenden Sonne fiel. Ihn wurde eigen und warm ums Herz. O, wenn dieses Mädchen es verstände, den Sonnenchein hineinzufragen auf Rehwischhof!

In diesem Augenblick hob Karline den Kopf und sah ihn freundlich lächelnd an. Ihre Augen suchten, an was er dachte. Er wurde ein wenig verlegen unter ihrem fragenden Blick. Ihn fielen der Mutter Worte ein. Er hatte durchaus nicht die Absicht, ihr eine Heiratsantrag zu machen; soweit war er noch lange nicht. Er sprach die Worte nur aus, weil er sich verpflichtet fühlte, überhaupt etwas zu sagen, was den Blick, mit dem er sie angehehen und den sie aufgefangen hatte, motivierte.

„Mutter meinte, wir würden auf zusammen passen“ sagte er und lächelte dabei, wie über einen guten Witz.

Er dachte, sie würde auch lachen, aber sie fing das Band, das er auswarf, auf mit ihrer kleinen Hand und knietete es fest.

„Ja, Kolf, Du hast Dir keine Unrechte gewählt,“ antwortete sie ernst. „Ich will Deine Mutter wohl pflegen und Dir eine gute Frau sein. Hier hast Du meine Hand.“ (Fortsetzung folgt)

Tag der Arbeiterparade gezeigt, daß ein gesunder, zweckmäßiger Sport in den Kreisen der Arbeiterschaft immer mehr Anklang findet. Möge die Zukunft weitere Fortschritte bringen!

Zentrale für private Fürsorge. Man schreibt uns: Am Mittwoch, dem 23. Juni, nachmittags 5 Uhr wird das neue Heim des Vereins für private Fürsorge eröffnet werden. Es sind die beiden Häuser Kohanniststraße 47/49, die dem Verein, als er seine bisherigen Räume Königstraße 19 verlassen mußte und nun nicht wußte, wo er bleiben sollte, von Mitgliedern und Freunden aus der Reihe der Kaufmannschaft, der Industrie und der Bankwelt beschickt wurden, nicht den Kosten für die erforderlichen Arbeiten zur Instandsetzung der Häuser für die Zwecke der Zentrale. Es stehen allerdings nur wenige, zum Teil bisher nicht zu Wohnzwecken benutzte Räume dem Verein in seinen Häusern zur Verfügung, so daß verschiedene wichtige Zweige der Fürsorgearbeit zurzeit noch ruhen und die übrigen wichtiger Störungen und Unannehmlichkeiten unterworfen sind. Der Garten hinter den Häusern soll in der warmen Jahreszeit für Alte, die daheim wenig Sonne haben, ein Sonnenscheinplätzchen werden, soll auch Kindern, die in der Sonne liegen müssen, zur Verfügung gestellt werden. Im Hinterhause, in dem bislang eine Schlosserei war, soll der Mittagsklub für 1 und 3 wieder eröffnet werden.

Hilfe für Vertriebene Oberschlesier. Vom Verbande heimatreuer Oberschlesier (Landesgruppe Lübeck) wird uns geschrieben: Die endgültige Abtrennung dieses, wenn auch kleinsten, so doch reichsten und bevölkersten Teiles der Provinz hat in allen deutschen Herzen große Trauer hervorgerufen. Am schlimmsten dran ist derjenige Teil der Bevölkerung in Polnisch-Oberschlesien, der vor der Abtrennung für das deutsche Vaterland gearbeitet und gekämpft hat. Der ganze Haß der Polen wendet sich diesen Volkskreisen zu, sie werden durch Terror gezwungen, das Land, ihre Heimat, zu verlassen. Tausende und abertausende aus allen Kreisen der Bevölkerung mußten in den letzten Tagen aus Polnisch-Oberschlesien flüchten. Sie sind hauptsächlich in den großen Flüchtlingslagern, Militärerziehungsanstalt Lamsdorf OS., sowie bei Breslau untergebracht; aber auch die Städte und Dörfer in Deutsch-Oberschlesien sind mit Flüchtlingen überfüllt; schätzt man doch ihre Zahl schon jetzt auf etwa 80.000, und das Ende ist noch gar nicht zu übersehen. Wenn wir diesen Verstoßenen helfen wollen, so müssen wir ihnen Wohnung und Arbeit verschaffen, damit sie irgendwo wieder festen Fuß fassen. Vor allem müssen sich die Flüchtlinge die Landes- und Stadtbeförden annehmen. Es ist zu beargwöhnen, daß mit dem Bau von Flüchtlingsheimen begonnen werden soll. So wird in unserer Nachbarstadt Schwerin ein Flüchtlingsheim für etwa 20-25 ober-schlesische Familien errichtet, wozu am letzten Dienstag der Grundstein gelegt worden ist. Möchten auch andere Städte- und Gemeindevorstellungen diesem schönen Bestreben recht bald folgen. Sie können des Dankes nicht müde werden, sondern auch der deutsch-ober-schlesischen Bevölkerung gemäß sein. Alle Arbeitgeber, vor allem der Industrie, die Arbeiter brauchen, werden gebeten, sich der ober-schlesischen Flüchtlinge zu erinnern. Die Vereinigten Verbände heimatreuer Oberschlesier (Abteilung Flüchtlingsfürsorge) in Breslau, wie auch der Vorsitzende der hiesigen Landesgruppe, Hauptpolizei- wachmeister Gernert in Lübeck, sind zu jeder Auskunft in dieser Angelegenheit gern bereit.

Ein 6stündiger Generalstreik in Lübeck.

Massenfundgebung um 1/2 Uhr.

Parteilosen, Gewerkschafter, Republikaner!

Die Gewerkschaften haben im Einverständnis mit der sozialdemokratischen Partei aus Anlaß der Ermordung Rathenaus beschlossen, am Dienstag mittag von 12 bis abends 6 Uhr in den Generalstreik zu treten.

Die Beerdigung Rathenaus findet Dienstag mittag 3 1/2 Uhr statt. Diese Stunde muß zur Feiertunde der Republik werden.

Die Betriebe müssen möglichst sofort von der Arbeitsstelle geschlossen zum alten Bahndamm marschieren, wo um 1 1/2 Uhr der Aufmarsch der Massen beginnt. Sofort darauf werden Ansprachen gehalten von den Genossen Weich, Dreger und Dr. Leber. Der Demonstrationzug bewegt sich durch die Holstenstraße, Sandstraße, Mühlenstraße nach dem Brink, wo er sich nach einer Ansprache des Genossen Haut auflöst.

Arbeitsbrüder! Republikaner! Kein einziger darf zu Hause bleiben. Schart Euch um das Banner der Freiheit, demonstriert gegen die Reaktion!

Die Distriktsführer und Bezirksführer werden gebeten, sich um 12 Uhr im Parteisekretariat einzufinden.

Anlaß zu dieser Bewegung gegeben haben und noch heute die Verneinung mit der freien und Hansestadt Lübeck wünschen. In klarer Erkenntnis der wirtschaftlichen Notwendigkeit. Denn

so vorsichtig und klar in der Form die Ausführungen auch war die der Ministerpräsident Tangen an den verschiedenen Orten nicht hat, über den Kern der Sache ist er stets etwas schamlos hinweggegangen.

Wenn er von der wirtschaftlichen Gemeinschaft zwischen Oldenburg und dem Landesteil Lübeck spricht, so widerlegt er eigentlich ein Blatt auf die Karte. Wie soll ein Landesteil, der in Oldenburg liegt und an die Ostsee stößt, wohl wirtschaftlich mit einem Staat zusammenhängen, der weithin der Wefer gelegene zum Nordseegebiete gehört? Welche Verbindung zu Wasser oder zu Lande besteht denn zwischen beiden? Zu Wasser besteht ein nennenswerter Verkehr überhaupt nicht — ohne Lübeck schon gar nicht! Und zu Lande? Fast 300 Kilometer (ebenfalls über Oldenburg) mit oftmaligem Umsteigen und Umzangen! Wie kann in unzerer Zeit teurere Transporte wohl zwei weit voneinander gelegene Länder des deutschen Reiches wie der Landesteil und das Oldenburger Hauptland wirtschaftlich mit einander zusammenhängen, etwa Abfahrtsgebiete für einander sein? Berlin ist gewiß ebenso weit wie Oldenburg von Cutin entfernt, aber Lübeck ist fast 10mal so nahe, ist das nächstgelegene.

Wie können die Handelsinteressen des Landesteils wohl Oldenburg vertreten werden, auch wenn die dortige Handelskammer sich ihrer anzunehmen versucht? Ueber die Schwerezeiten, die der im Landesteil anässige Arbeiter mit dem Wohnungsweesen, der Arbeitsvermittlung, der Invaliden- und Kranenversicherung hat, schweig sich der Ministerpräsident wohlweislich aus.

Und in welchem Staat werden die Bewohner des Landesteils wohl ihre Interessen besser vertreten können, im oder außerhalb der Reichsgrenzen, wo sie etwa ein Zehntel aller Stimmen haben können, oder im Freistaat Lübeck, wo sie gut ein Viertel der Gesamtbevölkerung bilden würden? Es ist klar, daß sie in der freistatlichen Oldenburg ohne weiteres von einer übermächtigen Mehrheit an die Wand gedrückt werden müßten während sie sich im Freistaat weit größere Geltung verschaffen können. Diese Tatsachen lassen sich nicht aus der Welt schaffen.

Der Rathenaumord vor dem Reichstag.

234. Sitzung vom Sonnabend, 24. Juni, nachm. 3 Uhr.

Die für 12 Uhr angesetzte Reichstagsitzung, die auf Beschluß des Ausschusses hin verschoben wurde, nahm um 3,20 Uhr ihren Anfang. Der Stuhl des Ermordeten am Regierungstisch ist mit schwarzem Flor behängt. Auf dem Tisch steht ein kleiner Strauß aus Eichenlaub mit weißen Blumen. Die Tribünen sind überfüllt. Die Abgeordneten haben sich zahlreich eingefunden. Am Regierungstisch ist der Reichskanzler mit allen Ministern erschienen, alle in Trauerkleidung. Als der Abgeordnete Helfferich den Saal betritt, ertönen von den Abgeordneten der Linken stürmische Rufe, wie: „Der Mörder, raus mit ihm!“ Unabhängige und Kommunisten dringen gegen die Rechte vor. Es bildet sich ein wilder Kränzel. Die Abgeordneten der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei stellen sich schützend um Helfferich. Wilder Tumult bricht immer wieder von neuem los.

Der Präsident, der inzwischen den Saal betreten hat, erklärt, daß nach der Verfassung jedem Abgeordneten das Recht zustehe, an den Verhandlungen des Reichstages teilzunehmen. Neuer wilder Sturm. Der Präsident erklärt abermals, jedem Abgeordneten stehe das verfassungsmäßige Recht zu, an diesen Verhandlungen teilzunehmen. Der Präsident bittet die Abgeordneten, die Plätze einzunehmen. Abermals bricht der Sturm los. Es ertönen Rufe der Empörung und Entrüstung: „Wie lange soll das noch so weitergehen.“ Der Reichskanzler begibt sich von seinem Platz die Treppe hinauf zu der Inkamplung der Abgeordneten und sucht zu vermitteln, ebenso der stellvertretende Direktor des Reichstages. Die Linke ertönt immer wieder stürmische Proteste und ruft: „Raus mit den Mördern!“ Die Kommunisten rufen dem Reichskanzler zu: „Herr Reichskanzler, schreiten Sie ein, sonst sind Sie der nächste!“ Der Präsident bittet abermals dringend die Abgeordneten ihre Plätze einzunehmen. Überall auf den Tribünen haben sich die Zuhörer von ihren Plätzen erhoben. Immer wieder und wieder ertönen Rufe von links: „Raus mit den Mördern!“ Der Präsident erklärt, in diesem Augenblicke sind wir zusammengekommen, um einen Toten zu ehren. (Erneuter Sturm und Rufe: „Es ist eine Schande, daß die Mörder noch hier sind.“ — Abg. Künzler (USP.) wendet dem Präsidenten zu: „Ihr seid schuld mit Eurer Nachlässigkeit, daß der Mord nicht die Gemeinschaft, daß diese Salunkel von rechts bei der Erörterung des Toten anwesend sind.“ Neue allgemeine Unruhe. Künzler (USP.), der direkt vor den Bänken der Rechten steht: Wir wollen erst wissen, was die Regierung getan hat, um die Ermordung Erzbergers zu rächen und was sie tun wird, um den Mord an Rathenau zu rächen. Die Kommunisten erklären mit lauter Stimme, die Abrechnung wird nicht ausbleiben.) Präsident Lobe: Wenn die Abgeordneten sich nicht auf ihre Plätze begeben, muß der Versuch einer Sitzung ausgesetzt werden. Die Abgeordneten der anderen Parteien reden auf die Kommunisten und Unabhängigen ein, die sich langsam auf ihre Plätze begeben. Fröhlich erklärt: Wir dulden nicht, daß eine Trauerfeier in Gegenwart der Mörder abgehalten wird. Präsident Lobe fährt fort, indem sich das Haus ertönt: Was diese Scene hier getrieben ist, eine Tat von so unerbittlicher Grausamkeit und Rohheit, daß sie uns das Blut in den Adern erstarren macht. Heute vormittag ist, wie Ihnen allen bekannt, der Minister Rathenau, als er im Kraftwagen seine Wohnung verließ, von einem andern Kraftwagen aus durch Schüsse ermordet worden. (Lebhafte Freirufe.) Der Mann, der sein Privatleben, seine Religion, seine Ruhe, alles aufgab, um der deutschen Republik nach bestem Wissen zu dienen, ist das Opfer von Mordern geworden. (Abgeordnete der Linken wenden sich plötzlich um und richten stürmisch an die Tribünen die Aufforderung, sich von den Plätzen zu erheben. Das geschieht.) Nicht aus freiwilligem Entschluß, nicht aus Ehrgeiz hat er kein Amt übernommen, sondern um dem deutschen Volke zu dienen, und so oft ich Rathenau habe sprechen hören, auch in der kürzlichsten Polemik, ist nie ein unläsliches Wort über seine Lippen gekommen. Er erlag der Mordhand. (Hölle in Klammern) ruf: Helfferich hat gestern die Rede gehalten, er ist der Mörder! Ich brauche den Gefühlen nicht Ausdruck zu geben, die uns alle befeuern, das Gefühl der Verzweiflung für die, die diesen Mord vollbracht haben. (Zuruf links: Und die ihn angezettelt haben!) Aber es steht mehr auf dem Spiel. Auf dem Spiel steht das deutsche Land, das deutsche Volk. Die Täter haben Gefährten und Spießgesellen gehabt. Sie haben eine Organisation von Mördern hinter sich, die sie schützt und für ihre Taten unterhält. (Zuruf links: Aber es steht nicht möglich gewesen und das Blut des Ermordeten müßte auf mehr Strafe, als auf die Mörder, es fällt auch auf die, die dazu anregten. Es fällt auch auf die, die für ihre Anschläge, wenn sie nicht gelangen, mit Spott und Hohn aufwarten. Es fällt auch auf die, die nach gelungenen Anschlägen noch das Andenken der Opfer zu befeuern weeten. Seit 2 Jahren, seitdem man sich in dieses Amt begeben hat, habe ich mich bemüht, mein Amt gerecht zu führen; aber das mag ich sagen, ohne die Hege jener Männer habe dieser Staat heute nicht leer. Sie haben gehandelt, als das Attentat gelungen ist und es scheint keinen Schritt dagegen zu geben. Die Mörder haben Helfer, die die Täter verschleiern lassen und wieder von neuem schämen. Einer nach dem andern von uns erliegt der Mordhand. (Zuruf links: Aber auch ich schweig!) Dies Mal hat der Mordhand einen Mann, der bekannt und bekannt ist, die Feder — oder ein anderes, die der Krieg gewöhnlich hat und er hätte die ersten Schritte ergriffen. Aber in dieser Stunde haben wir nicht die

Ruhe, sein Leben zu überhauen und zu wütigen. Wir haben uns erhoben von den Plätzen und wollen dem Ermordeten unser Dank aussprechen für das, was er für das deutsche Volk getan hat. Wir haben das Beileid bezeugt der betagten Mutter, die man den toten Sohn vor die Füße gelegt hat.

Kaum hat der Präsident, der nur mühsam die Tränen zurückhält, geendet, da erhebt sich der Abgeordnete Weis (SD.) und ruft in den Saal: „Es lebe die Republik!“ Ein Sturm durchbraust das Haus, ein Befehmsruf für die Republik. Als der Lärm sich gelegt hat, ertönt von der Tribüne der Ruf: „Dieser Mord wird nicht ungerochen bleiben!“

Nun ergreift der Reichskanzler das Wort: Die Reichsregierung schließt sich den Worten des Präsidenten an. Wenige Wochen sind vergangen, da versammelten sich im Palazzo Giorgio in Genoa die Vertreter aller Nationen. Es war ein großer, historischer Augenblick. Da erhob sich unser Freund Rathenau. Um seinem Munde quollen edle Worte, getragen von größter humanistischer Gesinnung, Worte der Verständigung in aller vornehmster Ruhe, daß auch die Herzen derer sich öffneten, die bis dahin unvielleicht mit harter Abneigung gegenüberstanden. Der Mann der über die Grenze der Nation hinaus den Weg zur Verständigung beschritten hat, nun liegt er tot vor uns. Seinen Platz schließt ein Rosenstrauch. Er fiel nicht nur um sein Volk, er fiel um die Menschheit. Aber wehe denen, die dieses große Werk der Verständigung der Nationen mit diesem Morde stören. Das Werk darf nicht unterbrochen werden; wir müssen dieses Werk, das wir begonnen haben, mit schwerem Herzen fortsetzen. Das ist die Pflicht der Rettung unseres Volkes, aber auch der Rettung Europas. Wir standen dem Außenminister näher. Wir nannten Dr. Rathenau unsern Freund. Gewiß hat Rathenau viele Gegner gehabt. Er hat früher seine Gedanken in literarisch blendender Art der Welt dargelegt; aber von dem Augenblick an, wo er offen in den Dienst des deutschen Volkes und der deutschen Republik getreten ist, von dem Tage an hatte er nicht nur Feinde, sondern Totfeinde. (Zuruf links: Helfferich!) Sein Werk bleibt aber bestehen und wird nicht unterbrochen werden. Im Gegenteil, alle wahren Republikaner Deutschlands werden aus diesen Tagen die größte Kraft schöpfen, um mit denen abzurechnen, die unser Volk dem Tode geweiht haben. (Anhaltender Beifall und Hände klatschen.) Die Arbeiterschaft ganz Deutschlands hat in jenen Tagen, wo das Chaos über uns hinwegging, keinem Vertreter bürgerlicher Auffassung auch nur ein Haar getrümmert. (Erneuter Sturm und Zurufe.) Von dem Tage an, wo wir unter den Fahnen der Republik diesem neuen Staatswesen dienen, wird Gift mit Millionen Geld in unser Volk hineingeworfen. Von König bis zum Konstant sind in unserm Vaterlande Helfer an der Arbeit während wir uns bemühen, dem Staat unter Aufgebot aller Kräfte aufrichtig zu dienen. Ich habe den Ermordeten mehr als 2 Jahre persönlich gekannt. Viele haben ihn wegen seiner Rajischmächtigkeit angegriffen. Er war ein Mann der wahren Bistkernverständigung. Er hat aber nie ein böses Wort gesprochen, nie kamen Klagen über seine Lippen, weder im Kabinett, noch im Freundeskreis, noch im Gespräch unter vier Augen. Er hat nicht nur mit den Lippen gezeichnet, sondern auch im Herzen allen denen Verzeihung gegeben, die ihm in den letzten Monaten und Jahren geschmäht haben. Gestern nachmittag noch hat er den ihm neuerdings angebotenen Schutz unter allen Umständen abgelehnt. (Zuruf links: Er traue niemandem eine derartige Tat zu. Auch in diesen Tagen hat er den Gedanken, daß man ihm nach dem Verbrechen irgendetwas böses antun könnte, abgelehnt. Wir wollen aus dieser entschließenden Tat, die wir alle bedauern, das eine lernen: Schützen wird die Republik. Sie aber, meine Herren von rechts, müssen sich fragen lassen: so wie es bisher gegangen ist, geht es nicht mehr weiter. (Ungeheurer Beifall, der sich immer erneut; Händeklatschen an der Tribüne.) Der Mahnruf nach Erzbergers Ermordung und die Hoffnung, es würde anders werden, waren vergebens. Die Arbeiter aller Parteien und alle diejenigen, die eine wirklich freiheitliche bürgerliche Auffassung vertreten, und alle wahren Republikaner, halten Sie zusammen! Schützen Sie die Republik in unserm deutschen Vaterlande! (Erneuter Beifallsturm.)

Zur Geschäftsordnung erhält das Wort Dismann (USP.) und teilt mit, daß die Zentrale seiner Partei erfahren habe, daß der Mord an Rathenau das Signal zum Sturz der Republik sein solle. In der ersten Nacht, die dem Morde Rathenaus folgt, sollen alle Minister in ganz Deutschland ermordet werden. Das ist die Parole der Mordmörder, und es soll das Signal zum Sturz der Regierung sein. Ich habe es für meine Pflicht, dem Hause diese Mitteilung zu machen. Ich hoffe, daß diese meine Warnung auf fruchtbarerem Boden fällt, als die Mahnung, die ich am letzten Dienstag an das Reich richtete, um sofort gegen die monarchistischen Treibereien Stellung zu nehmen. Der Reichstag hat das abgelehnt. Das wird heute mancher bedauern. Ich warne die Regierung und die ganze Öffentlichkeit. Wir werden vor allem das deutsche Proletariat zum Kampf gegen die monarchistische, militaristische Reaktion aufrufen.

Auf Antrag Müller-Brandenburg (USP.) und Adolf Hoffmann (USP.) wird gegen die Stimmen der Reichsparteien beschlossen, die Rede des Reichskanzlers und die des Reichstagspräsidenten auf Reichstagen in deutschen Lande überall anzukündigen. Dann wird die Sitzung auf 7 Uhr beendet. (Erneuter Beifallsturm.)

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Oberbeck-Gesellschaft. Auf mehrfachen Wunsch wird die Ausstellung „Neue Erwerbungen für die Kunstsammlung (später Sehn-Haus)“ bis zum 9. Juli verlängert werden.

Angrenzende Gebiete.

Schwarze-Rentfeld.

Sämtliche Bezirksführer versammeln sich heute abend 7 Uhr im Gasthof Transvaal. Erscheinen aller tätigen Genossen unbedingt notwendig.

Hamburg. Zu der Schwarzkopferer Ermordung schreibt das Echo: Daß es sich bei den Anschlüssen gegen das Revolutionsbündel, die „Volkszeitung“ und verschiedene Buchhandlungen nicht um Dummheitsverbrechen handelt, wie zuerst angenommen werden konnte, sondern um weit ernstere Dinge, hat sich aus der Lektüre der Verhaftungen ergeben. Die jungen Leute, die jetzt hinter Schloß und Riegel sitzen, sind nur als Stoßtrupp zu betrachten, dessen Sprengstoffe planmäßig zu immer härteren Gewaltproben geteigert werden sollten. Bis zur Handgranate war man schon gelangt. Für unsere ausgedehnte Vermutung, die Hintermänner der seltsamen Sprengstoffe müßten in den Kreisen der Parteivolk-Jünger gesucht werden, spricht der Ton, in dem die „Warte“ selbst vor den Verhaftungen die Polizei auf falsche Spur zu bezogen verurteilt, indem sie die Kommunisten bezichtigt, den „Schwundel“ mit diesen Anschlüssen angezettelt zu haben. Es liegen Anzeichen genug dafür vor, daß diesmal die richtigen Leute gesucht sind, die bewußt oder unbewußt das Werkzeug einer großangelegten, vor keinem Verbrechen zurückerschrockenen Veranschaulichung gewesen sind, deren nächstes Ziel die Herausforderung der Arbeiter zum Bürgerkrieg sein soll.

Bremen. Deutsche Gerichte gegen den Aufstand. Wegen Ueberschreitung der Aufstandesarbeit wurde Karl Meyer, der Direktor der Bremer Disconto-Gesellschaft, angeklagt. Er hatte seine Personal ohne Genehmigung des Devisenkommissionars mehrere Monate hindurch Ueberschreiben machen lassen. Er wurde aber von der Staatsanwaltschaft freigesprochen, mit der Begründung, die Arbeit hätte unvorsätzlich ausgeführt werden müssen, da jede Störung im Bankbetrieb eine Störung des Wirtschaftslebens nach sich zieht. Gegen das Urteil hatte die Staatsanwaltschaft in Bremen Revision eingelegt, die auch von der Reichsanwaltschaft vertreten wurde. Darin wurde ausgeführt, daß für die Banken keine Ausnahme gemacht werden dürfe. Das Reichsgericht verwarf die Revision als unbegründet, da es sich nach den Feststellungen des Urteils um solche Arbeiten handelte, die im öffentlichen Interesse lagen und unvorsätzlich ausgeführt werden mußten. — Durch ein solches unvorsichtliches Urteil ist der Schaden des Aufstandes seitens der Geschäftsinhaber für und für gemindert, denn jeder wird nun für sich in Anspruch nehmen, daß seine Arbeiten im öffentlichen Interesse liegen und unvorsätzlich vorgenommen werden mußten. Die Geschäfte der Banken liegen in erster Linie im Interesse des eigenen Profits; diese Schwere hätte durch die Revision nicht abgemildert sein können. Wenn sich die Bankbeamten ihr Recht setzen wollen, müssen sie sich ihren gesetzlichen Verpflichtungen anschließen.

Zur Vereinigungsbewegung von Stadt und Provinz Lübeck.

Man schreibt uns: Vorige Woche hat die oldenburgische Regierung ihre ersten Schritte unternommen, um die Vereinigungsbewegung zu hemmen, die nach ihrer Meinung in den hiesigen Kreisen besteht. Von einem der hiesigen Kreise wurde die Behauptung gemacht, es läge über der Bewegung nicht, eine nachdrückliche Streife in Oldenburg für diesen Zweck gründen zu lassen, wozu sie sich auch wirklich der Initiative bedienten, daß die Bewegung der Vereinigungsbewegung nicht zu

Abschließung.

Die Tribünen sind stark überfüllt. In den Diplomatengängen sind die Vertreter der fremden Mächte anwesend. Am Regleramt erscheint der Reichsminister mit den Reichsministern, ferner die in Berlin anwesenden Ministerpräsidenten der Länder.

Präsident Ebert eröffnet die Sitzung um 8 Uhr 10 Min. und erklärt, daß auf der Tagesordnung nur steht die Entgegennahme einer

Erklärung der Reichsregierung.

Reichsminister Dr. Wirth: Die Reichsregierung richtet an das deutsche Volk folgenden Aufruf und folgende Mahnung: Der Mord an dem Reichsminister Dr. Rathenau hat die schwersten Gefahren entkühlt, denen Deutschland durch innerpolitische Störungen ausgesetzt ist. Die Mahnungen, den Zwist der Parteien über den Streit um Vergangenes ruhen zu lassen und alle Kräfte der Nation dem Aufbau und der Rettung des Vaterlandes zu weihen, sind ungehört verhallt. Eine ruchlose und nichtswürdige Verhöhnung, welche sich gegen die Staatsform richtet und ihre Vertreter als vogelfrei erklärt, treibt immer wieder willkürliche, politisch verblendete oder verwickelte Köpfe zu Mordversuch und Mord. Das droht den inneren Frieden, die Grundlage einer deutschen Erneuerung, zu zerstören. Der Mord an dem Reichsminister Dr. Rathenau ist nur ein Glied in einer Kette wohl vorbereiteter Anschläge auf die Republik. Zuerst sollen die Führer der Republik, dann soll die Republik selbst fallen. Gegen den verbrecherischen Anschlag muß etwas Durchgreifendes geschehen. Dem wachsenden Terror, dem Nihilismus, der sich vielfach

unter dem Deckmantel nationaler Gesinnung verbirgt, darf nicht mehr mit Nachsicht begegnet werden. (Lebhafte Zustimmung links und in der Mitte.) Das Reichskabinett hat seinen fähigsten und besten Mitarbeiter durch Mordmord verloren. Da Gefahr im Verzuge ist, muß schnell gehandelt werden. Die Reichsregierung hat daher dem Reichspräsidenten empfohlen, von seiner verfassungsmäßigen Befugnis Gebrauch zu machen und besondere Maßnahmen zum Schutze der Republik zu treffen. Sie wird für strengste Durchführung dieser Maßnahmen Sorge tragen, durch gesetzliche Vorschriften der moralischen und politischen Zerstörung entgegenwirken, die den Staat in seinen Grundlagen auf das schwerste bedroht. Die Staatsregierung versteht die Heftige Erregung des Volkes. Sie bedauert die wirtschaftlichen Rückschläge, welche die Arbeiterklasse am meisten treffen. Die Reichsregierung hofft, daß das deutsche Volk sich nicht zu einer übereilten Tat verleiten läßt. Sie erwartet vielmehr, daß das deutsche Volk sich hinter die Regierung stellen wird. Sie richtet deshalb an die Beamtenherrschaft, an die Arbeiter und das gesamte freirechtliche Bürgertum die Mahnung, zum Schutze der Republik treu zusammenzutreten. Es lebe die Republik! (Lebhafte Beifall.)

Die Reichsregierung hat dem Reichspräsidenten empfohlen, von Artikel 48 der Verfassung Gebrauch zu machen. Der Reichspräsident hat daraufhin eine entsprechende Verordnung erlassen. (Auf der ersten Seite des Volksboten veröffentlicht.)

Nach Verlesung dieser Verordnung vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung Sonntag 12 Uhr. Stellungnahme der Parteien zu der Erklärung des Reichsministers. Schluß 8 1/2 Uhr.

höht sich der Beitrag um 2 Mk., bei Einkommenssteigerungen von 100 Mk. pro Woche. Wo der ganze Betrag für das abgeleitete Bier zum Lohne geschlagen ist, wird der halbe Betrag in Abzug gebracht.

An Unterstufungen wurde festgestellt: Streikunterstützung der 4-jährigen Beitrag pro Tag, bei Krankheit den 7-jährigen Wochenbeitrag, bei Arbeitslosigkeit einen vollen Wochenbeitrag pro Tag. Das neue Statut wurde gegen 2 Stimmen angenommen. Es tritt am 1. August d. J. in Kraft. Die Gehaltskommission legte eine Vorlage mit gleitenden Lohnsätzen vor. Diese Vorlage wurde nach langer Debatte angenommen. Der nächste Verbandstag findet 1925 in Augsburg statt. Weiter wurde folgender Antrag einstimmig angenommen:

„Der Verbandstag beschließt: bezügl. der Schlichtungsordnung, die ein Antistreitgesetz ist, den DGB zu beauftragen, mit allen Mitteln dafür einzutreten, daß es ein annehmbares Gesetz wird.“

Zwei Anträge wurden angenommen, die vom Gewerkschafts-Kongress schärfere Maßnahmen gegen die allgemeine Zensur und gegen den Wucher verlangen, ferner die Einlegung einer Kommission, zwecks Erlebung der Vorarbeiten zum engeren Zusammenschluß der bestehenden Verbände. Angenommen wurde ein Antrag, der den Hauptvorstand beauftragt, „ein Regulator für die zu schaffende Pensionskasse für die Angestellten des Verbandes auszuarbeiten“ mit dem Zusatz, daß nach Annahme durch den Verbandsrat die Pensionskasse sofort einzurichten ist. „Dazu wurde ein Antrag mit Wünschen ähnlichen Inhalts angenommen, der auch die ehrenamtlich tätigen Kollegen einschließt und daß zu dieser Unterstufungsstufe, wie es in diesem Antrag heißt, die Versicherten entsprechende Beiträge leisten. Angenommen wurde ferner ein Antrag, daß die Wahlen zum Verbandstag usw. auch in den Betrieben erfolgen können, ferner, daß die Esperanto-Sprache zu propagieren ist.“

Ein Antrag auf Abschaffung der Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit in der Mühlenindustrie wurde dem Hauptvorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Gegen 3 Stimmen, für welche Baumann-Leipzig erklärt, daß sie deshalb gegen die Wiederwahl des alten Vorstandes sind, weil er Anhänger der Arbeitsgemeinschaft ist, wurden gewählt: Badert als 1. Vorsitzender, Käppler als 2. Vorsitzender, Wittorf als Kassierer, Krieg als Redakteur, Trüger als Sekretär.

Der Verbandstag behandelte in geschlossener Sitzung den Punkt: „Lohnbewegungen, Streiks und Lohnpolitik.“ Diese Beratungen wurden durch ein ausführliches Referat des Vorsitzenden Badert eingeleitet. Die vom Hauptvorstand vorgelegten Leitfäden wurden einstimmig angenommen.

Der Bericht vom Internationalen Kongress der Lebens- und Genusmittelarbeiter in Zürich 1920 gab Badert ebenfalls.

Der Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter war auf dem Kongress in Zürich nur vorläufig der Internationale der Lebensmittelarbeiter beigetreten, nachdem die bis dahin bestandene Internationale der Brauerei- und Mühlenarbeiter der Internationale der Lebensmittelarbeiter eingegliedert war. Der Verbandstag stimmte dem Anschluß an die Internationale der Lebens- und Genusmittelarbeiter einstimmig zu. Zum nächsten Kongress in Brüssel 1923 werden Käppler, Krieg und Frank delegiert.

Der 19. Genossenschaftstag

des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine wurde am 19. Juni in Eisenach in Anwesenheit von 832 stimmberechtigten, 321 nicht stimmberechtigten Vertretern und etwa 40 Gästen — Behörden, aus- und inländischer Genossenschaftsverbände, Gewerkschaften — von Lorenz (Hamburg) eröffnet. Begrüßungsansprachen, in denen die verschiedensten Fragen gestreift wurden, hielten Beauftragte der Reichsministerien, der preussischen Regierung und viele ausländische Gäste. Der erste Tag wurde damit ausgefüllt.

Am zweiten Verhandlungstage sprachen Kaufmann zum Geschäftsbericht des Vorstandes und Käppler über dessen wirtschaftliche Maßnahmen unter besonderer Berücksichtigung der Zwangswirtschaft und der Umsatzsteuer. Die scharfe Abweisung der Inanspruchnahme von Staats- und Gemeindegeldern durch den ersten und die gründliche Behandlung der Ernährungs- und Steuerwirtschaft, durch den zweiten Redner fanden starke Zustimmung, der Aufruf zu rüstiger Arbeit für die genossenschaftlichen Ziele lebhaften Widerhall.

Sodann wurde eine Entschließung gegen die Umsatzsteuer angenommen, in der es u. a. heißt: „Der Genossenschaftstag hält die beschlossene Umsatzsteuer für eine Sondersteuer für Genossenschaften, umso mehr, als nach den Erklärungen der Regierung die übrigen Gewerbetreibenden im Deutschen Reich 40 Prozent dieser Steuer nicht bezahlen, während die Genossenschaften diese Steuer reißlos abliefern müssen, und beschließt, daß mit allen zu Gebote stehenden Mitteln von der Reichsregierung und von dem Reichstag verlangt werden muß, daß diese die Genossenschaft zu Unrecht belastende Steuer aufgehoben wird.“

In der Resolution zum Bericht des Vorstandes wird u. a. gesagt: „Der Genossenschaftstag hält es für dringend notwendig, daß die Reichsregierung im Benehmen mit den Produzentenvereinen und den genossenschaftlichen Verbraucherorganisationen Maßnahmen trifft oder fördert, die es ermöglichen, daß alle wichtigen Nahrungsmittel und Bedarfsartikel in genügender Menge und zu erträglichen Preisen der Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden können. Insbesondere fordert der Genossenschaftstag die Reichsregierung auf: 1. Die bisher bestehende Brotgetreidevorsicht auch im neuen Erntejahre beizubehalten unter Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Bestverhältnisse. 2. Sicherungen zu treffen, daß die auf Lieferungsvertrag abgeschlossenen Kartoffelmengen auch wirklich zur Ablieferung gelangen und daß das Verkehrsministerium für die Verbräufung eine bevorzugte Lagerung anordnet. 3. Die ausreichende Versorgung der Konsumgenossenschaften mit Zucker für deren Mitglieder, gegebenenfalls durch behördlichen Eingriff, erhöhte Einfuhr oder sonstige Vorkehrungen, sicherzustellen. 4. Den wucherischen Preisbildungen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln wirksam entgegenzutreten.“

Am dritten Verhandlungstage berichtete zunächst Kaufmann über Internationale Angelegenheiten. Als Mitglied des Vorstandes des Internationalen Genossenschaftsbundes schilderte er dessen Tätigkeit und ging besonders ausführlich-kritisch auf das Verhältnis zu dem sowjetrussischen Zentralrat ein. Die Aussprache drehte sich in der Hauptsache um russische Fragen und gestattete sich zu einer äußerst scharfen Abrechnung mit den russischen Vertretern des Konsumkommunismus.

Käppler begründete sodann nachstehende Entschließung, die gegen wenige Stimmen gutgeheißen wurde:

„Der Genossenschaftstag bestätigt die wiederholt abgegebene Erklärung, daß er die tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der in den Genossenschaftsbetrieben Beschäftigten und eine auf den tariflichen Lohnbedingungen beruhende einheitliche Tarifrechtprechung als notwendig ansieht und bereit ist, sie nach Kräften zu fördern.“

Zu den bevorstehenden Verhandlungen über einen Reichsrahmentarif für Wäcker und Transportarbeiter erklärt der Genossenschaftstag:

„Bei der Bemessung der den Genossenschaften aufzuerlegenden Verpflichtungen ist Rücksicht zu nehmen einmal auf die Leistungsfähigkeit der Genossenschaften, zum andern auf die feststehende Tatsache, daß die bisher schon von den Genossenschaften gewählten festalen Vergütungen von den Arbeitern privater, insbesondere auch der Konkurrenzbetriebe im allgemeinen noch nicht annähernd erreicht sind. Dagegen ist Ausnahmefälle, nicht zur Rücksicht für einen das ganze Reichgebiet umfassen-

51ster Deutscher Gewerkschaftskongress.

6. Verhandlungstag

Leipzig, 24. Juni. (Eig. Drahtber.)

In seinem Schlusswort zur Frage der Organisationsform und -methode betont Dikmann nochmals, daß nicht nur für die hochentwickelte Industrie, sondern ganz allgemein die Industrieorganisation notwendig ist. Wenn man nach der Beschäftigung des Kongresses eine intensive Aufklärungsarbeit unter den Mitgliedern betreibt, dann werden wir einsehen, daß die Industrieorganisation die bessere Form ist. Der Bundesvorstand hat ein Verbot für die Industrieorganisation erlassen. Wir müssen zu ihnen kommen. Die Frage des Aufbaues der Industrieorganisationen ist eine Frage der Zweckmäßigkeit.

Larnow: Dikmann zieht aus den bestehenden Tatsachen falsche Schlüsse. Die kapitalistische Konzentration bildet nicht die Industrieorganisation. Auch wir wollen die Entwicklung fördern, aber nicht auf dem Wege des Zwanges, sondern der organischen Entwicklung. Durch Zwang kann nichts zusammengeschlossen werden, was nicht zusammengehört. Man hat den DGB, das wohnliche Haus genannt, in dem alle Gewerkschaften unterkommen können. Wollen Sie jetzt daraus einen Löwenkäfig machen, in dem dann die Löwen der Gewerkschaften eingesperrt, die Löwen verschlucken. Dikmann hat weiter nicht gesagt, wie er sich den Ausbau der Industrieorganisation denkt. Wie wird es zum Beispiel mit den Gemeinde- und Staatsarbeitern werden, die doch auch den Industrieorganisationen zustimmen? Dikmann hat den Plan der Aufteilung in der Tasche. Warum legt er ihn nicht vor? Ich glaube, er hat Angst, den kleinen Gewerkschaften zu sagen, welches Schicksal sie in der Industrieorganisation erleiden. Eine Bedeutung hat die Resolution Dikmann. An die Stelle des gefährdeten Rechtes wird die Freiheit treten. Schon jetzt besitzen einige Organisationen in fremden Revieren. Glauben Sie, daß die vielen Organisationen, denen es jetzt ans Leben gehen soll, nicht auch den Gedanken der Fabrikarbeiter nachgehen könnten, aus dem Bunde auszuscheiden? Denken Sie an die Interessen der Gewerkschaften. Schaffen Sie zur politischen Zerrissenheit der Arbeiterbewegung nicht noch die Spaltung der Gewerkschaften. (Beifall.)

Nach einem Rattenschwanz persönlicher Bemerkungen tritt der Kongress in die Abstimmung über die Resolution Dikmann ein. Vorher erklären die Landarbeiter, daß sie sich, um die kleinen Organisationen nicht zu majorisieren, der Stimme enthalten. Die Eisenbahner erklären, für die Resolution Dikmann zu stimmen, ohne sich seine Begründung zu eigen zu machen.

Zur Abstimmung steht zunächst die Resolution Dikmann. Nach der Abstimmung stellt Paepow als vorläufiges Ergebnis fest, daß die Resolution Dikmann mit großer Mehrheit angenommen ist.

Der erste Teil der Resolution Larnow ist damit erledigt. Der Absatz 2 wird mit einigen redaktionellen Änderungen, der Absatz 3 ohne Änderungen angenommen.

Inzwischen ist die Meldung von der Ermordung Dr. Rathenaus eingetroffen. Der Kongress nimmt unter ungeheurer Erregung und Entzündung davon Kenntnis. Sämtliche Redner fordern energische Maßnahmen gegen die Morde der Reaktion.

Dann tritt man in die Beratung der Frage der Führung von Lohnbewegungen und Unterbrechung von Streiks in gemischten Betrieben ein. In der Debatte erklärt Dikmann (Metallarbeiter), daß es für seinen Verband unmöglich ist, diesem Bericht zuzustimmen. Jusmann (Bergarbeiter) erklärt sich gegen den Absatz 3. Munder (Gemeindearbeiter) schließt sich dem an. Larnow (Holzarbeiter) und Paepow (Bauarbeiter) erklären, daß sie nach dem Vorgefallenen kein Interesse mehr an der Vorlage haben. Leipart sagt, daß gerade die Metallarbeiter diese Regelung gefordert haben, und daß ihr Verlangen für den Bundesvorstand ausschlaggebend war. Für die Ablehnung lag kein Grund vor, da die Vorlage nichts enthalte, das nicht Grundgesetz für jeden Verband sei. Wenn man den Absatz 3 ablehne, dann trägt man zur Erklärung der Technischen Rathilfe bei. Eine Ueberraschung war es, daß der Metallarbeiterverband trotz seiner Zustimmung im Bundesauschuß jetzt die Vorlage ablehnt. Nach weiterer Debatte wird gemäß einem Antrag Simon (Schuhmacher) die Vorlage an den Bundesauschuß zurückverwiesen.

Die Resolution Dikmann, betreffend die Industrieorganisationen, ist nach der genauen Zählung von 465 Delegierten mit 485/125 Mitgliedern gegen 163 Delegierte mit 125/972 Mitgliedern angenommen worden. Der Stimme enthalten haben sich die Landarbeiter, die 4 Delegierte mit 158/236 Mitgliedern wählen.

Nach einer kurzen Mittagspause nimmt der Kongress unter härmlichem Beifall und Händeklatschen gegen den Protest der Kommunisten folgende

Entschließung zum Mord an Rathenau

„Der Gewerkschaftskongress hat mit tiefem Wüsten die Gewissheit erfahren, daß der Reichsminister des Innern, Rathenau, das Opfer eines elenden Mordmordes geworden ist. Der Kongress erklärt in diesem Akt einen neuen planmäßigen Angriff auf den Bestand der Republik, deren Reform er seine Kraft bis zur letzten Stunde gewidmet hat.“

Der Kongress spricht nicht nur seine Entrüstung über diese Gewalttat aus, sondern er fordert von der Reichsregierung die wirksamsten durchgreifenden Maßnahmen, welche die mit solchen verbrecherischen Mitteln der Gewaltarbeit-

tenden Feinde der Republik. Weil aber der Kampf der Monarchisten und Reaktionen zugleich ein Kampf gegen die Erzeugnisse der Arbeiter und gegen die gesamte Arbeiterbewegung ist, muß der Kongress die gesamte Arbeiterschaft auf, von ihrer Selbsterkennung und ihrem politischen Streik abzulassen, und einmütig alle Kräfte zum Niederkämpfen der Reaktion zusammenzufassen.

Der Kongress empfiehlt der gesamten Arbeiterschaft, diesen ihren einmütigen Willen einmütig zu bekunden durch eine gemeinsame Arbeitseinstellung am kommenden Dienstagmorgen unter Veranlassung machtvoller öffentlicher Kundgebungen.

Der Kongress beauftragt den Bundesvorstand, gemeinsam mit dem Afa-Bund und den drei sozialistischen Parteien wirksame Maßnahmen vorzubereiten, deren Ziel sein muß, die Sicherung der Republik und der Rechte der Arbeiter gegen jeden reaktionären Angriff, durch Säuberung der Regierungsstellen und öffentlichen Ämter, einschließlich der Richterstellen, von Elementen, die sich nicht rücksichtslos auf den Boden der republikanischen Verfassung stellen. Der Kongress erwartet von allen Mitgliedern der Gewerkschaften den entschlossenen Willen, auch mit ihrem Leben für die Verteidigung der Grundrechte des Volkes und für die Republik einzutreten.“

Gewerkschaften.

21. Verbandstag des Verbandes der Brauereiarbeiter und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen.

In Anwesenheit von 74 Delegierten und den durch Statut vorgesehenen Verbandsfunktionären tagte am 11. bis 17. Juni im Gewerkschaftshaus in Dresden der Verbandstag der Brauereiarbeiter und Mühlenarbeiter. Der DGB, sowie Bruderorganisationen aus der Schweiz, Deutsch-Oesterreich, Tschechoslowakei, Dänemark und Belgien waren durch Abordnungen vertreten. Bei der Eröffnung wurde der Kongress durch den sächsischen Ministerpräsidenten Buch begrüßt.

Zum Geschäftsbericht, den Vorsitzender Badert ausführlich ergänzte, behandelte er die Konzentrationsentwicklung in den Industrien, für die der Verband zuständig ist, die Organisationsmöglichkeit in den Industrien, in denen er erst später Eingang finden konnte und gab entsprechende Ratsschlüsse und Beschlüsse. Er ging ein auf die dem Vorstand vom letzten Verbandstage übergebenen Anträge und Beschlüsse und ihre Ergebnisse und berichtete besonders über ihre Verschmelzungsarbeiten. Sie sind noch nicht erledigt und werden weitergeführt.

Käppler ergänzte den Vorstandsbereich mit Bezug auf die Verhältnisse in der Mühlenindustrie, die Mollagen- und die Arbeiterpolitik der Mühlen; er empfahl besondere Vorsicht in nächster Zeit. — Der Kassierer Wittorf ergänzte den Kassierenbericht und befürwortete bessere Finanzierung der Hauptkasse. Redakteur Krieg berichtete kurz über seine Redaktionsführung, Ausschussvorsitzender Wittich, daß das Zusammenarbeiten mit dem Vorstand sehr gut war.

In der Aussprache über den Bericht traten keine heftigen Zerrwürfnisse zutage; sie war auf die Beurteilung eingeleitet, daß Vorstand und Beamte ihre Schuldigkeit getan haben.

In Schlusswort ging Vorsitzender Badert auf die verschiedenen kritischen Einwendungen ein. Die Anträge, die sich auf die Gründung eines Lebens- und Genussmittel-Industriearbeiterverbandes beziehen, werden durch Beschluß dem Bundesvorstand als Material überwiesen. Weiter wurde ein Antrag angenommen, der die Delegierten zum Gewerkschaftskongress beauftragt, für den Zusammenschluß der Verbände zu Industrieverbänden auf Grund der Einteilung der Betriebsrätezentrale einzutreten.

Dem Bundesvorstand, dem Redakteur und dem Bundesauschuß wurde einstimmig Entlastung erteilt.

Der frühere Wirtschaftsminister Rudolf Wissell hielt an Stelle des verhinderten A. Cohen ein Referat über Wirtschaftsräte.

Die Anträge auf Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft wurden gegen wenige Stimmen abgelehnt, dagegen wurde einstimmig angenommen der Antrag: „Einlegung für die 18 Forderungen des DGB.“

Es erfolgte dann ein Bericht des Brauereidirektors Richter über die Gesellschaftsbrauerei Augsburg.

Zu den Punkten Regelung der Beiträge und der Unterstufungen, Beratung und Beschlußfassung aller übrigen das Statut betreffenden Anträge lag ein Sachungsentwurf des Hauptvorstandes neben einer großen Anzahl Anträge vor. Eingeleitet wurde die Beratung durch ein ausführliches Referat des Vorsitzenden Badert auf der Grundlage des Sachungsentwurfes. Die Diskussion war recht ausgiebig — allgemein wurde eine starke Beitragserhöhung verlangt; nur vereinzelt wurden Bedenken gegen eine zu starke Anspannung geäußert.

An Beiträgen wurden festgelegt: bis 400 Mk. Wochenentlohn kommen 4 Mk. Beitrag; für jede weiteren 100 Mk. Wochenentlohn kommen 2 Mk. Beitrag mehr; von 1600 Mk. Wochenentlohn er-

